

## **DRINGLICHKEITSANTRAG**

### **1) Erweiterung des Projekts “Südbahn-Unterführung Josef-Huber-Gasse” durch ÖV-Unterführung auch unter dem Eggenberger Gürtel – Prüfung**

GR. Dr. **Piffl-Percevic** und GR. Mag. **Haßler** stellen namens von ÖVP, SPÖ und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Das Thema ist die logische Fortsetzung dieser Einleitung mit den Bebauungsplänen. Wir haben in Graz eine Dynamik, die man bis vor kurzem also jedenfalls rückblickend nicht einmal in der Gründerzeit hatte, wo in kürzester Zeit Bauten und ganze Quadranten bewohnbar gemacht wurden, ihren Charakter geändert haben und wir sind auch, was unsere Planungswerkzeuge und unsere Taktung in der Planung betrifft, vor völlig neue Herausforderungen gestellt. Wir hier im Gemeinderat sozusagen als politisch interessierte und durchaus auch in der Materie teilweise sehr vertiefte Mandatare, aber vor allem die Planungsabteilungen, Baudirektion, Verkehrsabteilung im Besonderen. Ich darf daher das Stück auch noch kurz erwähnen, das wir vorhin hatten, das ist der Masterplan ÖV. Und mein dringlicher Antrag bezieht sich auf die Entwicklung in Graz, was das für den ÖV für Herausforderungen hat und wenn wir den Masterplan anschauen, dann sehen wir eine große Karte, hier gelb, das sind die Zuwachsraten, die erwarteten, für den ÖV und der Antrag, der dringliche, bezieht sich vor allem auf den Grazer Westen und Südwesten und hier haben wir die sogenannten Hotspots, es wird dann bis orange-rot bis rot und da leuchten die Farben auf. Eggenberg plus 30 % ÖV zu erwarten, Straßgang plus 15 %, Wetzelsdorf plus 10 % und andere Bezirke auch. Dann Richtung Osten deutlich geringere Wachstumsraten, das ist kongruent mit der Bevölkerungsentwicklung, mit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung. Wir sagen zwar Stadt der kurzen Wege, das heißt, möglichst viele der Bewohner sollen auch möglichst ortsnah arbeiten, aber es kommen natürlich aus anderen Stadtteilen

von Graz, aus dem Umland auch arbeitende Menschen in diese Gebiete. Und daher sind wir aufgrund des prognostizierten Wachstums, und wir blättern noch einmal um, ich verfehle jetzt nicht das Thema mit dem Antrag, aber die Grundlage für den Dringlichen wurde heute unerwartet 1 : 1 mit dem ÖV-Masterplan geliefert. Hier stehen alle sozusagen das Unterfutter das ziffernmäßige. Wir haben jetzt 120 Millionen Fahrgäste im ÖV in Graz, in einigen Jahren 120 Millionen oder 130 Millionen, Graz Linien befördern mit sechs Straßenbahnen und 30 Buslinien 335.000 Passagiere täglich und die Steigerungsraten wiederhole ich, 30 %/15 %. In diesem Masterplan wird für die Phase 2025 bis 2030, und wir sind selten in der Lage, sozusagen unser Radar so weit nach vorne zu richten, aber wir müssen vorausdenken, damit wir uns die Zukunft nicht verbauen und das ist der zentrale Inhalt meines Antrages. Es geht um eine Einreichung zur UVP der Unterführung, gerade vorher von Karl Dreisiebner angesprochen, der Südbahnunterführung aus dem Reininghaus-Areal heraus zum Eggenberger Gürtel, ist nicht Eggenberg, heißt aber so. Und da geht es, das ist der eigentliche operative Inhalt des Dringlichen, da soll in den nächsten Tagen, Wochen der Antrag zur UVP für diese Unterführung eingebracht werden und da geht es nur und einzig darum, diese Einreichung so zu machen, dass man zum Zeitpunkt x 2025/2030 plus mit dem ÖV und ausschließlich mit dem ÖV auch, nicht nur die Südbahn in Minus 1 unterfährt, sondern auch in die Stadt weiter hinein kann. Es hat sich jetzt schon, ich habe gerade mit der Frau Peer, mit der Abteilungsleiterin gesprochen, durch die Ablösen auf der Kreuzung Eggenberger Gürtel/Josef-Huber-Gasse/Steinfeldgasse, da ist dieses eine Wirtshaus abgelöst worden, es sind rundherum freie Flächen, wie durch eine Fügung, die für später solche Bauwerke mit Ein- und Abfahrten und Auftauchen auch ermöglichen und darauf sollte man Rücksicht nehmen. Und auch nur ein zweites Stichwort dazu, es fährt die GKB und der Karl Dreisiebner hat gesagt, in diesem Masterplan werden diese S-Bahn-Linien oder Bahnverkehr leider nicht wirklich eingepreist und die Leistungsfähigkeit nicht dargestellt und auch nicht eingefordert, aber das ist mit dem dringlichen Antrag für den Horizont zehn Jahre plus jedenfalls auch drinnen. Wir werden im Bereich Reininghaus eine GKB-Haltestelle, ja nicht nur eine Haltestelle

brauchen, sondern auch eine Verknotung mit dem innerstädtischen ÖV-Netz. Derzeit fährt GKB-Bahn, S-Bahn, es sind zwei Linien oder drei Linien, die über die GKB, eine nach Köflach, eine nach Wies fahren, hält zwischen GKB-Bahnhof und Straßgang genau zweimal. In Wetzelsdorf und in Webling nicht im Bereich Reininghaus, nämlich in der Mitte von Reininghaus und sonst auch nicht. Hier ist enormes Potential für den innerstädtischen und natürlich auch für den Einpendelverkehr und hier würde eine Vorsorge für eine spätere Achse, nachdem die Südwest-Linie gebaut wurde, und das ist überhaupt der Punkt 1, bedingungsloses Bekenntnis zu dem von uns beschlossenen Ausbauprogramm der Straßenbahnen. Dieser Antrag hat nicht in einem Millimeter ein Abrücken zur Folge, wir haben das auch noch einmal klargestellt und deswegen bedanke ich mich, dass bisher von fast allen Fraktionen bis auf die FPÖ, bin ja gespannt, wie sie sich dazu verhält, aber von den Grünen auch zuletzt die Unterstützung dieses Antrages zugesagt wurde, die Kommunisten sind an dem Antrag drauf und ich bedanke mich bei der SPÖ, dass sie diesen Antrag gemeinsam mit uns erarbeitet hat und das mitträgt. Es soll geprüft werden, wir können hier keine Maßnahmen beschließen und ich bitte darum, dass wir vor Einbringung dieses Antrages auf UVP das uns noch auch gemeinsam wirklich vorher überlegen und dieser Appell geht mit dem Dank an Baudirektor Werle, an Herrn Dipl.-Ing. Kroissenbrunner, an Herrn Bauer, an Herrn Massetti, an alle, die dort arbeiten. Denn nochmals, dieser Masterplan ist eine gewaltige Arbeit und auch ein Radar, das 10/15 Jahre vorausblickt. Aber wir sollten uns die Zukunft darüber hinaus nicht verbauen, sondern öffnen, das ist der Inhalt des Antrages. Herzlichen Dank (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Kahr**: Herzlichen Dank auch, ich habe vergessen zu sagen, die Dringlichkeit, also der Antrag ist mit ÖVP, SPÖ und KPÖ, somit ist die Dringlichkeit gegeben und wir kommen gleich direkt zum Antrag.

GR. Ing. **Lohr** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Kollege Piffli-Percevic! Meine Replik hast du ja schon angekündigt. Vorerst einmal danke, auch wir haben den Antrag rechtzeitig erhalten, um zu prüfen und wir schätzen dich natürlich als GKB-Befürworter. Inhaltlich haben wir also mit der Dringlichkeit, die Abstimmung ist schon vorbei, aber auch die wäre nicht gegeben, weil die ersten Beschlüsse sind ja schon 2013 gefasst worden. Ich darf kurz zur Beschlusslage ausführen, die bisherigen Beschlüsse des Gemeinderates sehen keine ÖV-Erschließung, weder für den Bus noch für die Straßenbahn, über die Unterführung Josef-Huber-Gasse vor. Der Auftrag zur Adaptierung des Projektes Straßenunterführung Josef-Huber-Gasse und die Erstellung des Einreichprojektes für die Umweltverträglichkeitsprüfung hat der Gemeinderat mit einer Million mehrheitlich in der Sitzung am 4. Juli 2013 erteilt. Ein bisschen später, am 13.11.2014, hat der Gemeinderat mehrheitlich die bestehende Projektgenehmigung zu dieser Straßenunterführung um 1,75 Millionen für die erforderlichen Grundeinlösen erhöht und Bestandteil war damals, auch der Antrag enthielt eine detaillierte technische Beschreibung des Projekts, welcher der Gemeinderat im Zuge der Beschlussfassung zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Mittlerweile sind 400.000 Euro als Planungskosten ausgegeben worden, wenn wir jetzt wieder etwas zurück zum Start gehen oder auch parallel eine Prüfung machen würden, würde dieses Geld 400.000 Euro, sage ich noch einmal, verloren sein. Drei Wochen jetzt vor dieser UVP-Prüfung das Projekt wieder aufzumachen, ist technisch und budgetär unsinnig. Es gibt technische Hindernisse, die gegen den Antrag sprechen, können wir nachher noch reden, da habe ich eine ganze Seite, welche technischen Hindernisse sind. Aber zur UVP-Planung noch etwas gesagt: Die Einreichplanung zur UVP ist zu 95 % abgeschlossen, es fehlt lediglich ein humanmedizinisches Gutachten so wie ein Synthesebericht sind noch nicht gänzlich fertiggestellt. Die Prüfung sämtlicher im dringlichen Antrag dargestellten Planungsüberlegungen würde aus derzeitiger Sicht rund ein Jahr in Anspruch nehmen und würde einen Teil der UVP-Planungen obsolet

werden lassen. Es wurde auch seitens der Stadtbaudirektion vermehrt darauf hingewiesen, dass eine zeitliche Verzögerung bei der UVP-Einreichung zu einer wesentlichen Erhöhung des Risikos einer negativen Beurteilung führt. Also noch einmal zusammengefasst, wenn wir hier diesem Antrag zustimmen, wird wieder das Reininghaus-Projekt in Wahrheit gefährdet. Es verzögert, stoppt die Entwicklungen und würde das Ganze wieder auf die lange Bank schieben. Antrag bitte ablehnen.

**GR. Grossmann:** Frau Bürgermeisterstellvertreterin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wo manches Mal in den Medien zu lesen ist, dass sich zwei Monate lang Gemeinderätinnen und Gemeinderäte im Sommer die Sonne auf den Bauch scheinen lassen, haben wir wieder unter Beweis stellen können, dass das nicht so ist, sondern dass die Arbeit, insbesondere das geistige Vorausdenken für die Notwendigkeiten in dieser Stadt und der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt gegeben sind, dass diese Arbeit im Sommer weitergeht und sogar sehr intensiv gewesen ist. Dafür bin ich auch sehr dankbar, dass wir die Möglichkeit gehabt haben, gemeinsam darüber nachzudenken. Ich verstehe die Einwendungen vom Kollegen Lohr, dass er sagt, jetzt sind wir schon so weit, jetzt kommt ihr mit neuen Ideen. Aber ich glaube, besonders wichtig ist zu erwähnen, dass wir uns hier eine Chance vergeben würden, nämlich eine Chance, die wir, glaube ich, doch gemeinsam, lieber Karl Dreisiebner, sehr intensiv verfolgen, nämlich den öffentlichen Verkehr so attraktiv zu gestalten, dass Menschen, und jetzt gehe ich sogar noch ein Stück weiter als du in deiner Begründung, warum ihr zum Bebauungsplan in Reininghaus nicht zustimmen konntet, dass Menschen gar nicht über eine Entscheidung nachdenken müssen, sondern selbstverständlich, weil es die beste Variante ist, entweder den ÖV benützen oder auf das Rad steigen und das Fahrzeug gar nicht in Betrieb nehmen müssen. Unabhängig davon, das heißt nicht, dass das jetzt ein Bekenntnis ist, wir wollen die Fahrzeuge aus unserer Stadt gänzlich vertreiben, also so utopisch sind wir nicht, sondern es muss schon ein Nebeneinander

geben. Aber wenn wir Verkehrsprobleme in Zukunft in dieser Stadt bewältigen wollen, dann geht es ausschließlich über die Attraktivierung des öffentlichen Nahverkehrs und jetzt sage ich ganz speziell öffentlicher Nahverkehr, weil mir diese Einbindung sozusagen der Eisenbahnlinien, die wir in dieser Stadt haben in die Überlegungen des Verkehrskonzeptes besonders wichtig erscheint. Wir haben, die Streckenführung, es wäre leicht, sozusagen über diese Streckenführung eine Nahversorgung auch mit den umliegenden Gemeinden herzustellen und damit endlich zu erreichen, dass Menschen weiter draußen auch nicht auf das Auto zugreifen müssen, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen oder einen Amtsweg oder Einkäufe in der Stadt durchzuführen. Also diese Einbindung erscheint uns wesentlich und deshalb ist es, glaube ich, sehr wichtig, dass wir das im Antrag auch mit drinnen haben. Außerdem haben wir ja auch mit der Variobahn das entsprechende rollende Material, dass wir diesen Nahverkehr mit den umliegenden Gemeinden über die GKB-Strecke eventuell irgendwann über die Ostbahnstrecke miteinbinden können. Und auch in den Norden muss man es natürlich mitandenken, deshalb ja auch eine sehr ausführliche Darstellung all der Möglichkeiten, ich glaube, die Stoßrichtung ist die richtige und wir sollten diese Chance nutzen, es jetzt gemeinsam zu beschließen, dass wir den ÖV nicht nur als Bekenntnis, sondern auch tatsächlich dann in die Umsetzung gebracht mehr als forcieren und die Verkehrsprobleme der Zukunft zu bewältigen. Danke (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

GR. **Dreisiebner:** Sehr geehrte Co-Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns schon relativ schwer getan und ich bedanke mich aber ausdrücklich für die Umformulierung und für die Verdeutlichung der vereinbarten beziehungsweise beschlossenen Linienführung der Südwest-Linie vom Griesplatz über die Rösselmühlgasse, Lazarettgasse, Gürtelturm Don Bosco, Wetzelsdorfer Straße nach Hummelkaserne und dann hoffentlich weitere Ausbaustufen. Wo ich ganz kurz anschließen mag, ja das ist vielleicht ein relativ später Zeitpunkt aber wir sind halt auch

nur Menschen, noch schlimmer wäre es, wenn wir den späten Zeitpunkt, der uns ein paar Wochen mehr Arbeit verursacht, versäumen und damit etwas verbauen, was in den nächsten 30 Jahren, 40 Jahren, vielleicht früher, vielleicht später, vielleicht gar nicht, einmal schlagend werden könnte und ich mag jetzt einfach nur erinnern an etwas, was natürlich heute mehr Kosten verursacht, wenn die Reininghaus-Straßenbahn gebaut wird. Es ist unglücklicherweise der Beschluss für die GKB-Unterführung zu einem Zeitpunkt gefallen, wo wir noch nicht absehen konnten, dass dort eine Stadtentwicklung stattfinden wird und deswegen hat man es nicht mithineingeplant. Heute heißt es, Mehrkosten, weil man es quasi nachbauen muss und dementsprechend anders gestalten muss und das soll einfach nicht passieren und wichtig ist uns natürlich, dass man nicht nur die über-, über-, übernächsten Schritte gehen und die übernächsten Schritte gehen, sondern, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, von der SPÖ vor allem, auch die nächsten gehen, aber es soll nicht stören, wenn man auch mal sehr weit in die Zukunft denkt, deswegen unterstützen wir das, wir hoffen aber auch, dass mit dem selben Impetus auch den nächsten Schritt und dann wieder den nächsten usw. auch mitmacht, ihr versteht mich. Vielen Dank (*Applaus Grüne*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Danke, Karl, für diese Schilderung, was für Kosten entstehen, wenn ein Projekt eine Dimension, die damals überhaupt nicht sichtbar war. Jeder war froh, dass die GKB unterführt wurde, jeder hat den Autostau gesehen, der täglich stundenlang dort war Unterführung, Unterführung. Kein Mensch, ist keine Schuldzuweisung, sondern eine Entschuldigung für uns alle, hat je daran gedacht, dass dort auch noch eine Straßenbahn fahren könnte, würde. Jetzt könnte man mit Recht daran denken, dass das einmal der Fall ist und jetzt sind, lieber Kollege Lohr, allenfalls gewisse Planungskosten obsolet geworden, das ist die billigste Variante vom verlorenen Aufwand, ich habe es formuliert. Es gilt jetzt so zu planen, dass künftig,

wenn das greift, eben kein oder ein möglichst geringer verlorener Aufwand ist. Es ist sozusagen, wenn man so will, eine Variantenplanung, wir sollen weiterdenken, wir müssen es und das spart mittelfristig bereits erhebliche Mittel und ich darf noch einmal sagen zu dem Beispiel, für diese Unterführung der Südbahn gibt es am Tisch eine fix- und fertiggestellte Detailplanung, die stammt, glaube ich, aus dem Jahr 2003. Die Annahmen für diese Planung stammen aus 1998, die Vorgaben. Es erweist sich, sonst würden wir hier gar nicht stehen, sonst würden die Bagger dort schon fahren, diese Planung als völlig unzeitgemäß, nicht aufgrund der Kapazität der Wohnenden, sondern weil man heute Unterführungen so nicht mehr baut und da geht es jetzt darum, dass wir ein bisschen vorausdenken, dass die Planung, wenn sie fertig ist, nicht schon wieder obsolet ist. Und die Vorlaufzeiten auch für Südbahnunterführung sind doch so lange, dass man jetzt die Zeit sehr ökonomisch nutzen kann, um allenfalls noch gewisse Möglichkeiten einzubauen und sich die Zukunft nicht zu verbauen. Ich appelliere auf Annahme des Antrages (*Applaus ÖVP*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

## **2) Integrationsfähigkeit absichern**

GR. Mag. **Frölich** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Frölich**: Frau Vizebürgermeister, Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat! Auch unser zweiter Antrag beschäftigt sich mit einer Dynamik, weil der Peter Piffl das Wort in den Mund genommen hat, mit einer Dynamik und einer Herausforderung, die insbesondere die urbanen Räume vor eine große Herausforderung in dieser Zeit stellen in vielen Bereichen. Wir sind mit der Tatsache

konfrontiert und eben auch mit Herausforderung, dass sich in Grundversorgungsquartieren im Raum Graz derzeit etwa 2.900 Asylwerber befinden. Mit dem Verteilerzentrum Puntigam, zu dem ich später noch genauer kommen werde, das voraussichtlich in Klammer (Zeitpunkt nicht ganz bekannt) Ende des Jahres seinen Betrieb aufnehmen soll, wird Graz vermutlich an seine Kapazitätsgrenzen stoßen. Es ist nach unserer Meinung in diesem Zusammenhang dringend notwendig, darauf zu achten, dass die Gesellschaft in ihrer Geschlossenheit und in ihrer Gesamtheit in unserer Stadt auch weiterhin integrationsfähig bleibt. Eine Zunahme, wie sie vorauszusehen ist, von zuziehenden Personen wird, das kann man heute schon an den Ziffern, die es gibt, sehen, diese Integrationsfähigkeit in Frage stellen. Im Übrigen wird es auch nicht möglich sein, den zuziehenden Menschen in vielen Bereichen ausreichend Versorgung zukommen zu lassen, Versorgung, die für sie es im Bereich der Arbeitswelt, der Wohnwelt oder auch von Bildungsplätzen für sie wichtig wäre, dass man die anbieten könnte. Wie Ihnen allen bekannt ist, ist auf Bundesebene eine bundesweite Obergrenze von diesen berühmten 37.500 Personen festgeschrieben worden, das heißt, man hat den Weg einer restriktiven Zuwanderungspolitik nicht nur erkannt, sondern auch schon umgesetzt und wird mit der hoffentlich rasch zustande kommenden Notverordnung auch eine entsprechende Realisierung in naher Zukunft und hoffentlich bald diese Wege in die richtige Richtung kanalisieren. Im letzten Jahr hat sich gezeigt, dass auch für unser Stadtgebiet und für unsere Stadt die Obergrenze bei einem Prozent der Gesamtbevölkerung machbar ist, einhaltbar ist, aber auch notwendig ist, diese Ein-Prozent-Grenze als Beschränkung heranzuziehen. Es sind die städtischen Räume, die mit diesen großen Herausforderungen, dem großen Zuzug konfrontiert sind, es sind die städtischen Räume, die Ballungszentren, wo nachweislich viele betroffene Menschen nach Erhalt des gültigen Asylbescheides den Weg hin suchen, um eben in diesen Ballungszentren ihren Aufenthalt zu nehmen. In diesem Zusammenhang hat ja auch der Bund die Residenzpflicht ins Gespräch gebracht und wird darüber diskutiert und mit diesem Antrag wollen wir auch fordern, dass diese Residenzpflicht auf die Bezirke heruntergebrochen wird. Und in diesem

Zusammenhang wollen wir auch fordern, dass diese Residenzpflicht dazu führt, dass man sehr genau hinschaut, ob ein berechtigter Asylgrund vorliegt und es auch entsprechende Konsequenzen für jene gibt, die einen Missbrauch offensichtlich betreiben.

Die leistungsorientierte Integrationshilfe ist ein zweiter Punkt, mit dem sich dieser Antrag befasst. Die Masse jener, die aus diesem Grund in unserem Land und in unserer Stadt sind, wird vom österreichischen Sozialsystem nicht mehr geregelt werden können. Es ist nicht tauglich, die sozialpolitischen Probleme, die in diesen Tagen, in diesen Wochen und Monaten auf uns zukommen, zu lösen. Stichwort Solidarität, das ist zweifelsfrei und ohne Streit wichtiger Wert in der Gesellschaft, aber wir alle, mir geht es auch so, es gibt immer mehr Menschen, die ein Problem aufgrund der großen Zahl, ein Problem mit dieser Solidarität bekommen in vielen gesellschaftspolitischen Bereichen. Wichtig ist es für uns auch, dass kein automatischer Anspruch auf die volle Mindestsicherung von Anfang an besteht und wir treten daher für eine Grundversorgung ein als Basis, eine Grundversorgung für Asylwerber, diese Grundversorgung soll durch Geld und Sachleistungen erweitert werden, wenn die betreffenden Personen entsprechende Ausbildung machen oder einen Sprach- oder Wertekurs besuchen.

Diese leistungsorientierte Integrationshilfe soll für fünf Jahre gelten, jene Asylberechtigten, die innerhalb, die sich zuvor schon in den Arbeitsmarkt integrieren und eine Anstellung bekommen, nach mehr als einem Jahr nachweisen können, die sollten schon vor Ablauf der fünf Jahre den Anspruch auf Mindestsicherung erwerben. Wir glauben daran, dass gerade die Arbeit ein ganz, ganz wesentlicher Teil ist für Menschen, für das Selbstwertgefühl, für ihre Entfaltung, aber auch für ihre Würde und damit auch Integration besser gelebt werden kann. Wir treten deshalb auch unter dem Stichwort Basisarbeit für die Entwicklung von Beschäftigungsprojekten ein, die Asylberechtigten die Möglichkeit geben sollen, am Arbeitsmarkt zu partizipieren und damit den Grundstein für ein selbst bestimmtes Leben zu führen.

Der nächste wichtige Punkt ist mir noch in diesem Antrag das erwähnte Quartier in Puntigam, wo wir vom Bund fordern, dass im Zusammenhang mit der Integrationsfähigkeit ganz klar informiert wird, dass kommuniziert wird, dass auf die Bürger zugegangen wird und auch auf den Bezirk zugegangen wird mit entsprechenden Informationsveranstaltungen und dass sich der Bund und das Innenministerium ganz klar dazu bekennen, dass 150 Personen die maximale Obergrenze für dieses Bundesquartier in Puntigam sein soll.

Letzter Punkt, Bundesmittel für die Integration. In Deutschland gibt es das Modell, dass Kommunen vom Bund einen entsprechenden Geldbetrag bekommen für die Betreuung, die vor allem in den Ballungszentren, in den Städten erfolgen. Wir wollen mit diesem Antrag auch diese Forderung aussprechen, dass gerade die Kommunen, die eine besondere Pflicht in diesem Zusammenhang und eine zentrale Rolle in diesem Zusammenhang spielen auch hier für Asylberechtigte und für subsidiär Schutzberechtigte, einen entsprechenden festgesetzten Geldbetrag bekommen.

Ich darf daher namens unseres Gemeinderatsclubs folgenden

### **dringlichen Antrag**

stellen. Der Gemeinderat tritt

1. im Petitionsweg an die Bundesregierung heran und setzt sich für die Beibehaltung der Asylobergrenze von 37.500 Asylwerbern für das Jahr 2016 ein. Die dafür notwendigen Schritte, wie etwa die Asyl-Notverordnung, sind schnellstmöglich umzusetzen;
2. im Petitionsweg an die Bundesregierung heran und hält fest, dass die Stadt Graz mit rund ein Prozent der Gesamtbevölkerung ihre Kapazitätsgrenze im Integrationsbereich erreicht hat. Diese Grenze darf nicht überschritten werden,

um die Integrationsfähigkeit der Stadt weiter zu erhalten; die Bundesregierung ist aufgefordert, den Fokus für die Unterbringung von Asylwerbern auf jene Gemeinden Österreichs zu legen, die diese Ein-Prozent-Marke bis dato nicht erfüllen;

3. im Petitionsweg tritt der Gemeinderat an den Bund betreffend Residenzpflicht für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte heran. Diese geplante Aufenthaltspflicht soll nicht nur wie geplant für Bundesländer gelten, sondern auch auf die jeweiligen Bezirke der Länder heruntergebrochen werden. Dadurch soll eine zunehmende Belastung für die urbanen Räume verhindert werden. Seitens des Bundes sind in den Bezirken auf jeden Fall die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen sicherzustellen. Diese Residenzpflicht gilt nur für die Dauer des Bezuges von Sozialleistungen. Ein Bezirkswechsel aufgrund eines Beschäftigungsverhältnisses muss jederzeit möglich sein;
4. im Petitionsweg an Bundes- und Landesgesetzgeber heran und spricht sich für die Einführung einer leistungsorientierten Integrationshilfe aus. Diese soll sich der Höhe nach an der Grundversorgung für Asylwerber orientieren. Erweitert wird diese durch Geld- und Sachleistungen, wenn die betreffende Person bereit ist, Sprach- und Wertekurse zu besuchen;
5. an das für Asylquartiere des Bundes zuständige Innenministerium heran und fordert dieses auf, für entsprechende Bürgerinformation im Vorfeld der Eröffnung des Verteilquartiers Puntigam Sorge zu tragen;
6. an das für Asylquartiere des Bundes zuständige Innenministerium heran und fordert dieses auf sicherzustellen, dass im neuen Verteilquartier Puntigam trotz größerer genehmigter Kapazitäten eine maximale Anzahl von 150 Asylwerbern untergebracht wird, sowie

7. im Petitionsweg an den Bundesgesetzgeber heran, dieser möge die Einführung eines Integrationsmodells nach deutschem Vorbild prüfen, wonach Kommunen pro Asylberechtigtem beziehungsweise subsidiär Schutzberechtigtem ein festgesetzter Geldbetrag ausbezahlt wird.

Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig** zur Dringlichkeit: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, liebe KollegInnen, werte BesucherInnen! Der Antrag ist dringlich, es ist eine sehr wichtige Fragestellung, die hier aufgegriffen wird und die uns ja eigentlich ständig, seit dem letzten Jahr auch alle miteinander beschäftigt. Allem vorweg jetzt einmal, ich beantrage eine punktierte Abstimmung und möchte auch gleich dazusagen, wir stimmen zu in dem Punkt, dass wir für BürgerInneninformationen sind, ich habe auch einen ähnlichen Antrag vor einiger Zeit dazu gestellt, wo es schon einige Bürgerinformationsveranstaltungen gegeben hat. Die Bewerbung dafür ist ausbaufähig, aber es ist was ganz Wichtiges, das wissen wir, wenn wo ein Quartier kommt. Das Zweite ist, wir sind für diese sogenannte... also für den Punkt mit der Beschränkung auf 150 im Quartier, also eigentlich sind wir immer für niedrigere Grenzen gewesen, aber 150 ist eine Grenze, die also auch für uns gerade noch geht und die in Zeiten wie jetzt auch notwendig und administrierbar ist, zumal es in der Stadt ist. Am Land schaut es auch noch einmal anders aus. Und wir sind dafür, dass es letztendlich auch die Arbeitsmöglichkeiten, Beschäftigungsmöglichkeiten geben soll und dass das geprüft wird. Jetzt komme ich aber zu dem anderen, warum wir dem anderen nicht zustimmen können. Wenn wir von einem Prozent sprechen und von einem Prozent, das eine Stadt noch verkraftet, von 2900 Asylberechtigten, dann ist das eine willkürliche Grenze. Wenn wir von 37.500 Menschen sprechen, die Österreich verkraftet, dann ist das ebenfalls eine politisch willkürliche Grenze, weil uns doch

etwas das letzte Jahr gezeigt hat oder das Engagement auch gezeigt hat, wenn es notwendig ist, ist ganz viel...

***Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das ist viel zu hoch, Grenze...***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig:** Herr Lohr, Sie können sich dann eh zu Wort melden. Wenn so viele Menschen kommen, wie es letztes Jahr der Fall war, kommen wir an eine Grenze, da brauchen wir uns nicht gegenseitig was ausrichten, das ist klar. Dennoch ist es die Frage, wie gehen wir damit um? Wie gehen wir mit den Ressourcen um? Wie gehen wir in den Städten damit um, wie gehen wir am Land damit um? Und hier ist ganz, ganz viel passiert im letzten Jahr. Es ist das Engagement ausgehend vom Westbahnhof über die Bahnhöfe, über die vielen Quartiere und ich weiß, dass quer durch die meisten Fraktionen von uns viele Menschen engagiert sind in der Integrationshilfe, in den Quartieren für AsylwerberInnen. Wenn wir aber dann sagen, wir kombinieren das jetzt mit einer Begrenzung von Leistungen, indem wir sagen, dass die Mindestsicherung reguliert werden soll entlang der Grundversorgung, dann frage ich mich schon, fragen wir uns eigentlich auch, was diese Menschen hinter sich haben? Ich brauche nur an das Quartier bei uns in der Raimundgasse denken, die seit über einem Jahr darauf warten, endlich einen Bescheid zu kriegen. Mit wahnsinnig wenig Geld auskommen müssen, mit wahnsinnig wenig sozialer Teilhabe auskommen müssen, wo es Gott sei Dank die Kunst-Uni gibt, wo es Gott sei Dank die Herz-Jesu-Pfarrre gibt, den Bezirk, die Bezirks-Grünen gibt, auch die Bezirks-ÖVP gibt, die ganz, ganz viel tut, viele Ehrenamtliche, die hingehen, Leute, die Deutsch lerne, die Werte vermitteln, die in die Familien einladen etc. Also da gelingt ganz, ganz viel und da wünsche ich mir wirklich auch einmal, dass ganz klar diese Wertschätzung aufrecht

erhalten wird, weil was passiert, wir sprechen ständig davon, dass wir diese Leistungen und dass wir uns das nicht mehr leisten können, dass die Mindestsicherung ausgenutzt wird und, und, und. Aber was tun wir eigentlich dafür, stärker in die Integrationsleistung zu kommen, zu gewährleisten, dass Menschen, sobald sie anerkannt sind, gar nicht erst in der Mindestsicherungsgeschichte rein müssen, sondern soweit Deutsch können, so weit da sind und aufgeholt haben, dass sie auch sofort andocken können. Ich bin heute hergefahren mit der Straßenbahn und ich war sehr beeindruckt von einer reizenden syrischen Mama, die mir in bruchstückhaftem Deutsch mir erklärt hat, dass sie jetzt beim Schulausflug mit ist, das war eine Volksschulklasse aus der Volksschule Nibelungen, wo ganz viel schon gelungen ist. Also wo die innerhalb kürzester Zeit, und sie ist gerade erst eingeschult worden (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), innerhalb kürzester Zeit man merkt, es geht miteinander, es gelingt so viel in dieser Stadt. Deswegen ist so viel mehr möglich als Beschränkungen auf einen Prozent etc. Als Beschränkungen auf ein Runterlizitieren von Mindestsicherung. Ich wünsche mir einen Wettkampf darum, eine gerechte Mindestsicherungsgesetzgebung für ganz Österreich zu haben und nicht nach Oberösterreich zu schießen oder sonst wohin und sich gegenseitig runterzulizitieren. Die grünen Soziallandesrätinnen bemühen sich um eine solche Gesetzgebung, ob das gelingen wird, werden wir sehen. Die Leute werden weiter nach Wien gehen, weil Wien natürlich eine große Stadt ist. Ich denke, ich habe es gesagt, bitte um punktierte Abstimmung. Wie man merkt, ist es für mich immer ein sehr emotionales Thema, weshalb ich etwas zu lange war, dafür entschuldige ich mich. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Liebe Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als KPÖ werden wir der Dringlichkeit des vorliegenden Antrages zustimmen, bezogen auf den Inhalt wünschen wir uns bitte auch eine punktuelle Abstimmung. Es ist so, dass wir den Punkten 1) bis 4) nicht zustimmen können, sie sind restriktiv und sie sind teilweise

menschenrechtlich bedenklich. Aber den Punkten 5), 6) und 7) werden wir die Zustimmung geben und damit habe ich meine Wortmeldung sehr kurz gefasst und bitte dann in dieser Form, das punktuell abstimmen zu können (*Applaus KPÖ*).

**GR. Mogel:** Liebe Gäste, hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, Klaus Frölich! Seit zig Jahren, seid ihr in Wien in der Regierung. Ihr seid für das jetzige Asyl-Chaos mitverantwortlich. Da erscheint mir diese Herangehensweise mit einem dringlichen Antrag auf Ebene der Kommune eigentlich als scheinheilig. Du redest von Asyl-Notverordnung und Obergrenzen, ihr seid in der Regierung, setzt es einfach um oder traust du deinen eigenen Kollegen in Wien nicht? Du redest von ein Prozent der Gesamtbevölkerung als Obergrenze. Warum sagst du nicht ehrlicherweise, weil die hätten wir ja schon längst, wir wollen keinen weiteren Asylwerber mehr in Graz. Du redest von Residenzpflicht, vielleicht gibt es einfach zu viele Zusatz-Zuckerln in Graz für Asylwerber. Du redest von Integrationshilfen, wir wissen alle, dass das Konzept der Integration ob der hohen Anzahl der bereits hier Seienden gescheitert ist. Ansatz wäre ein Bleiberecht auf Zeit. Du redest von Informationspflicht des Bundes. Die Information an die eigenen Bürger über jedes einzelne Asylquartier könnte auch die Stadt übernehmen. Du redest davon, dass in einem 450 Personen fassenden Verteilzentrum, das da noch kommen soll, nur 150 Asylwerber untergebracht werden sollen. Gar kein Verteilquartier, das wäre ein Ansatz (*Applaus FPÖ*). Zu guter Letzt redest du von deutschem Vorbild in Asyl- und Integrationsfragen, genau das will ich auf gar keinen Fall (*Applaus FPÖ*). Wir werden diesem zahnlosen Antrag weder in der Dringlichkeit noch im Inhalt zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuschauergalerie! Allein die Wortmeldungen haben schon gezeigt, dass das Spannungsfeld, das sich da bewegt, ein sehr breites ist. Mir war klar, wenn das Thema Integration in der Überschrift steht, dass die FPÖ nicht dabei sein wird, weil mit Integration hat die FPÖ nichts am Hut. Weil ihr behindert jede Maßnahmen, die da im Gemeinderat zu diesem Thema gestellt wird, hat mich nicht überrascht. Alle anderen sehen das Thema dringlich und natürlich auch die SPÖ und auch wir wollen eine getrennte Abstimmung, können aber in vielen Punkten durchaus mit diesem Antrag mitgehen. Die Diskussion hat schon gezeigt, wenn wir jetzt auf die einzelnen Punkte eingehen und Punkt eins herannehmen, dass da eine Bandbreite ist zwischen, wir wollen jedem helfen und wir wollen keinen mehr da haben. Und deshalb glaube ich, ist die Grenze, die die Bundesregierung jetzt gesetzt hat, zwar in der Zahl vielleicht ein Kompromiss, aber es ist einfach ein politischer Kompromiss zwischen dem, jedem helfen zu wollen und dem, keinen zu nehmen und da ist eine Zahl herausgekommen und diese Obergrenze ist für mich jetzt nicht in der Zahl so wichtig, aber ich glaube, es ist wichtig als Signal auch an jene, die sich täglich irgendwo auf den Weg machen über das Mittelmeer, wo viele diesen Weg nicht schaffen, wirklich auch ein Signal aussendet dort, es gibt einfach nicht eine unbeschränkte Aufnahmefähigkeit auch in den europäischen Ländern und es zahlt sich in Summe nicht aus und es ist besser, wenn wir versuchen, vor Ort mehr Maßnahmen dort zu setzen. Also dem Punkt eins, nachdem es auch ein Bundesbeschluss von uns ist, werden wir die Zustimmung geben. Punkt zwei, die Ein-Prozent-Klausel für Graz, ist in der Durchsetzung wahrscheinlich schwierig, nachdem es ein Durchgriffsrecht des Bundes gibt, aber das sehen wir auch als Signalwirkung an andere Kommunen, die teilweise noch viel weniger geleistet haben, wir dürfen in Graz ja nicht nur die Zahl jener sehen, diese 3000, die wir jetzt als Asylwerber da haben. Graz hat in der Vergangenheit schon viel geleistet, Graz hat viele Einwohnerinnen und Einwohner, die nicht in Österreich geboren sind und wir haben noch viele alte Baustellen bei der Integration zu lösen und deshalb glaube ich, Integration kann man nur schaffen, wenn

die Bevölkerung an der Seite ist und deshalb ist dieses Signal auch, dass Graz jetzt mit diesen 3000 auch an einer Grenze angelangt ist, durchaus richtig und uns wäre es auch noch wichtig, nicht nur nach außen ein Signal setzen, sondern auch innerhalb von Graz ein Signal zu setzen, weil wenn man anschaut, wie die Verteilung in Graz ist, gibt es auch ein Ungleichgewicht zwischen Ost und West in der Stadt und auch da sollte man, wo immer Möglichkeiten sind, auch einen Ausgleich schaffen. Also Punkt zwei eine Zustimmung von uns. Punkt drei Residenzpflicht auch in den Bezirken kann ich nur sagen, danke dass die Grazer ÖVP anders denkt wie die Bundes-ÖVP, weil es war auch eine Forderung vom Sozialminister Stöger und auch vom Klubobmann Schieder, diese Residenzpflicht auf Bezirksebene einzuführen, nur euer Klubobmann Lopatka war dagegen, danke, dass ihr das anders seht. Nachdem es ein Vorschlag von uns auch war, gibt es unsere Zustimmung dazu. Punkt vier können wir nicht zustimmen, nicht dass wir nicht wollen, dass an Menschen, die zu uns kommen, auch Ansprüche gestellt werden. Wir sagen immer, auch wir wollen das Prinzip fordern und fördern. Nur wir haben einen anderen Ansatz. Ihr wollt von Haus aus kürzen wenn einer was tut, dann vielleicht mehr geben, wir haben den Ansatz gleiches Recht für alle, allerdings, wenn jemand nicht bereit ist, gewisse Dinge mitzutragen, dann sehr wohl Kürzungsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen und auch diese Kürzungen durchzuführen. Also da unterscheiden wir uns im Ansatz, aber nicht in der Zielrichtung. Deshalb Punkt vier nein. Punkt fünf und sechs ist eh schon gesagt worden, Bürgerinformation unerlässlich und Puntigam, glaube ich, ist eh schon ein stark belasteter Bezirk, die 150, die da im Antrag genannt sind auf jeden Fall auch eine Grenze, die nicht überschritten werden soll und Punkt sieben entspringt ja auch einer Anfrage, die ich schon im November 2015 an den Bürgermeister gestellt habe, wo wir Bezug genommen haben auch auf deutsche Städte und Länder, dass dort der Bund die Länder und die Städte nicht alleine im Regen stehen lässt, sondern dort eine sehr deutliche Unterstützung gibt mit 850 Euro pro Asylwerber und ich glaube, es ist recht und billig, das auch für Österreich zu fordern, weil wenn wir das auf Graz umrechnen und denselben Betrag hernehmen, könnten wie jährlich 20 bis 25 Millionen

Zusatzmittel damit lukrieren und das wäre, glaube ich, ein wichtiger Betrag, um Integration auch gut machen zu können und gut gelingen zu lassen. Danke (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

GR.<sup>in</sup> **Ribo**, MA zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe KollegInnen, liebe Gäste! Ich als einzige Migrantin hier sehe ich es als meine Pflicht, mich auch zu diesem Thema kurz zu Wort zu melden, obwohl ich nehme es mir immer vor, das nicht zu tun, weil es doch sehr emotional ist, aber das geht leider nicht anders. Ganz kurz möchte ich auf die Wortmeldung von Herrn Mogel eingehen. Sie haben da von Asylchaos in unserer Stadt geredet, ich weiß nicht, wo sehen Sie dieses Asylchaos, ich bin jeden Tag in der Stadt unterwegs und echt viel unterwegs, entweder leben wir in zwei verschiedenen Städten, ich weiß nicht, wo fällt es Ihnen auf, wo ist es? Also für mich ist das nicht ganz klar. Dann vielleicht auch kurz zu dem Antrag, Notverordnung ist gefallen, Kapazitätsgrenzen, ja das kennen wir ja alle schon, Notverordnung, ich tue mir ein bisschen schwer mit diesem Wort, ich weiß nicht, ob das an meinem Deutsch liegt oder ich habe jetzt extra noch einmal nachgeschlagen, was heißt Not? Not heißt eine schlimme Situation, wenn jemand dringend Hilfe braucht. Ja, die Flüchtlinge und die AsylwerberInnen sind in Not. Österreich als Staat sehe ich nicht in Not, muss ich ganz ehrlich sagen. Und dass wir nicht in Not sind und dass es eigentlich nicht eine Frage... also ich möchte jetzt hier nicht alles schön reden, mir ist klar, es kommen neue Herausforderungen auf uns zu, es kommen viele Schwierigkeiten und dass es nicht einfach ist, so naiv bin ich auch nicht und ich habe das selber alles so am eigenen Leib erfahren, aber es ist wirklich hier die Frage des Wollens und was mich beruhigt oder was mich da stärkt, ist einfach, dass ich gesehen habe, was möglich ist, wenn man

einfach möchte, wenn man will, wenn man helfen will und die Menschen in Österreich, also die Österreicherinnen und Österreicher haben das gezeigt im Jahr 2015, wieviel geholfen wurde, wieviele Menschen hier untergebracht wurden und das ist etwas, was mich beruhigt. Das heißt, es wird noch immer, Gott sei Dank gibt es diese Menschen, die immer noch helfen und die weiter helfen werden, die auch mir geholfen haben, weil sonst würde ich hier nicht stehen und deswegen kann ich eben mit dieser Notkapazitätsgrenze, also ich sehe das in meiner Stadt noch nicht. Und ich hoffe, dass es eben, der Mehrheit so geht und deswegen eben wie gesagt, meine Kollegin ist eh auf die Punkte eingegangen, aber ich wollte einfach das loswerden. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Frölich**: Ich bin, Kollegin Polz-Watzenig, ganz bei dir, ich bin auch davon überzeugt, dass quer durch alle Parteien und wir hören das in Gesprächen immer wieder, viele, viele Menschen in den Bezirken auf allen Ebenen wirklich Großartiges in dieser Stadt leisten, davon bin ich fest überzeugt. Aber wenn ich zu Hause ein Einfamilienhaus habe mit 150 m<sup>2</sup> Wohnfläche, kann ich nicht 150 Menschen einladen, bei mir zu wohnen, das geht sich nicht aus mit der gesamten Infrastruktur, auch wenn ich ein großes Herz habe, muss ich einen kühlen Kopf bewahren und muss sagen, wie gut ist meine Hilfe, die ich geben kann. Ich finde, Hilfe muss Qualität haben, vor diesem Hintergrund ist auch dieser Antrag zu sehen, es soll ein Antrag sein, der aufzeigt, dass es möglich sein muss, Integration in der Mitte stattfinden zu lassen sich mit den Themen in der Mitte zu beschäftigen. Wir lehnen es ab, wenn man vom rechten Eck mit galligen Sprüchen über dieses Thema spricht, wir lehnen es ab, wenn man im linken Eck, soll sich niemand angesprochen fühlen, den Blick senkt und die Realität nicht sieht, wir müssen, glaube ich, darauf schauen und dafür vorsorgen, dass die Qualität, die wir mit unserer Hilfe diesen Menschen, die Hilfe benötigen, dass wir die Qualität dieser Hilfe auf einem Niveau halten, dass wir in der Lage sind, auch zu erfüllen. Und ich

denke, das ist das Wichtigste. Mit offenen Armen an der Grenze zu stehen und zu sagen, kommt alle her und dann wissen wir nicht mehr, wie wir tun, ich glaube, das ist das Problem, über das viele Menschen nachdenken. Ich denke aber auch darüber nach, dass es nach wie vor so ist, dass in der Steiermark 69 Gemeinden keine AsylwerberInnen in ihren Gemeinden beherbergen und da stimmt was nicht und da bedanke ich mich auch für die zumindest partielle Zustimmung zu den einzelnen Punkten. Ich glaube, es ist es wert, das Thema wird uns gesellschaftspolitisch sehr viel beschäftigen noch, es ist es wert, dass wir auf breiter Ebene mit den unterschiedlichsten gesellschaftspolitischen Zugängen darüber weiter diskutieren auf einer so guten Ebene, wie wir das auch heute zu diesem Antrag getan haben und dafür bedanke ich mich (*Applaus ÖVP*).

***Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.***

***Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.***

***Punkt 3 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ, Grünen und Piratenpartei) angenommen.***

***Punkt 4 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) abgelehnt.***

***Punkt 5 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Punkt 6 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Piratenpartei) angenommen.***

***Punkt 7 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

### **3) Attraktivierung des Museumsangebots**

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther** stellt namens von KPÖ und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther**: Liebe Vizebürgermeisterin, sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte Zuschauer und HörerInnen auf der Galerie! Ich glaube, es sind sich alle einig, dass Graz nicht nur Kulturhauptstadt ist, wie sie sich ja immer noch nennen darf, sondern Kulturstadt und auch so wahrgenommen wird. Also sowohl von den BewohnerInnen als auch von Leuten, die die Stadt als Touristen besuchen. Damit ist nicht unmaßgeblich verantwortlich, dass Graz Standort eines der größten Museumsverbände im deutschsprachigen Raum, nämlich das Landesmuseum Joanneum, Graz ist aber da leider nur Standort und nicht Träger dieses Museums, deswegen kann die Stadt eigentlich bis auf das Kunsthaus relativ wenig Einfluss nehmen. Aber ich denke, es ist trotzdem wichtig, dass Graz dafür sorgt, dass sie als Stadt, als Museumsstandort attraktiv bleibt und dass man alles dafür tut, dass diese Museen an Attraktivität auch noch gewinnen, die haben sie nämlich, wie Medienberichte in jüngster Zeit wieder gezeigt haben, nicht unbedingt so. Es hapert an manchen Dingen, wo die Stadt durchaus Einfluss darauf haben könnte und das wir auch schon wiederholt hier angesprochen hatten. Zum einen ist das ein Leitsystem, das nach

wie vor nicht auf das Joanneumsviertel hinweist oder hinführt, es gibt sogar viele BewohnerInnen in Graz, die das Joanneumsviertel nicht kennen oder es nicht finden, weil es einfach so versteckt im Innenhof liegt, was ja auch sehr schön sein könnte, aber man muss da auch mal reingehen. Wie das funktionieren kann, das sieht man ja im Wiener Museumsquartier, dass das wirklich ein attraktiver Ort ist, der gut angenommen wird. Deswegen wäre die Schaffung eines Kulturleitsystems sehr dringend. Dann, was schon angeregt wurde, ist eine Begrünung des Joanneumsviertels, denn, so wie es jetzt aussieht, da jammern ja nicht nur die Betreiber dieses Cafés, sondern es jammern auch die MitarbeiterInnen des Museums, dass es einfach kein Ort ist, an dem man sich gerne aufhält, auch nicht in der Mittagspause, dass man sich da mal hinsetzt und sein Jausenbrot isst, weil wenn es da 40 Grad, hat dann suche ich mir lieber einen anderen Platz.

Was oft gesagt wird, ja wir können das nicht tun, weil uns wurden ja die Mittel gestrichen, jetzt können wir unsere Öffnungszeiten nicht ausweiten. Ich denke einmal, da ist einfach mehr Attraktivität gefordert und da könnte die Stadt durchaus auch Druck machen, dass die Öffnungszeiten müssen nicht unbedingt erweitert werden, sie müssen attraktiviert werden, denn von 10.00 bis 17.00 Uhr können Leute die arbeiten, einfach definitiv nicht ins Museum gehen und da fallen ganz viele BesucherInnen, von denen ich denke, dass sie durchaus interessiert wären, weg. Weil viele GrazerInnen nutzen das Wochenende, um rauszufahren aus der Stadt, um Ausflüge zu machen, das heißt, da können sie auch nicht ins Museum gehen und unter der Woche schaffen sie es nicht, weil sie halt arbeiten in der Zeit. Was von mir ja schon wiederholt kam, was viele wahrscheinlich nicht überraschen wird, lieber würden sie ins Museum gehen, wenn der Eintritt frei wäre. Da könnte man sehr, sehr viele BesucherInnen gewinnen, das ist eine Methode, die erprobt ist, die in Großbritannien großartig funktioniert, die BesucherInnenzahlen haben sich verdoppelt dort. Bei und das ist mir ganz wichtig, dass immer wieder dazuzusagen und das weiß ich als Museologin, die sich viel damit beschäftigt hat, nämlich ohne Verluste zu machen. Also freie Eintrittspreise machen so ein geringes Maß an dem Budget aus von Museen, dass es zu keinen Verlusten führt,

ganz im Gegenteil, es ist, Beweise nicht nur aus Großbritannien, sondern auch aus deutschen Städten, dass die Museen in der Finanzierung gewonnen haben durch Spenden, durch Subventionen, durch Führungen, die dann durchaus kostenpflichtig sind, aber die dann von einem interessierten Publikum viel besser angenommen werden, dass das eben funktioniert.

Deswegen stelle ich den

### **dringlichen Antrag,**

dass sich die Stadt Graz dazu bekennen möge, als Standort des Museums Joanneum für dessen Attraktivierung einzutreten und zu fordern Kultur-Leitsystem, Begrünung des Joanneumsviertels, freien Eintritt in alle Museen für alle BesucherInnen und Veränderung beziehungsweise Erweiterung der Öffnungszeiten.

Weil nicht all diese Bereiche im (alleinigen) Zuständigkeitsbereich der Stadt liegen, was sie ja nicht tun, da das Joanneum ja Landesmuseum ist, wird darum gebeten, entsprechende Petitionen an das Land Steiermark vorzubereiten. Danke (*Applaus KPÖ*).

***Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 16.40 Uhr den Vorsitz.***

GR.<sup>in</sup> **Potzinger** zur Dringlichkeit: Hohes Haus, werte Besucherinnen und Besucher, werte Stadtregierung, liebe Antragstellerin! Für Wünsche an das Christkind ist es noch ein bisschen zu früh, wir haben erst Mitte September. Gratis-Eintritt für alle klingt wunderbar, du hast das Beispiel Großbritannien zitiert. Ja, in einigen Galerien hast du Gratis-Eintritt in London, das wird gerne genützt, dafür wird in Kirchen Eintritt verlangt, sind die Konzertkarten extrem teuer, die Opernkarten, gehen sie einmal in die Carnegie

Hall in London, da können sie gut und gerne einen halben Monatsbezug des Gemeinderates auf den Tisch legen für eine Karte. Wir als Kulturland Österreich fördern Kultur sehr breit, fördern natürlich auch darstellende Kunst, Musik, Opernhaus, Schauspielhaus usw., wir haben tolle Initiativen über die SozialCard, über Hunger auf Kunst und Kultur, wo es sehr wohl erleichtert wird, Menschen mit geringem Einkommen günstig oder sogar ohne etwas dafür zu zahlen, Kultur zu genießen. Aber gratis für alle, das wird sich nicht spielen und das meiste, das du angesprochen hast, betrifft Joanneum, betrifft das Land. Ich möchte aber schon sagen, dass unsere Museen, das Flaggschiff der Grazer Museen ist ja für mich als Familienpolitikerin unser Kindermuseum Frida&Fred, da verlangen wir Eintritt und das Frida&Fred ist immer treten voll, da kommen die Leute und es gibt natürlich für Schulen, für Kindergärten usw. sehr günstige Tarife, natürlich für Familien mit geringem Einkommen, aber es ist gerechtfertigt, dass auch dort etwas verlangt wird, weil prinzipiell sagen wir, was nichts kostet, ist nichts wert. Dass beim Joanneum auch im Außenbereich Verbesserungen geben soll, höre ich, dass auf Landesebene daran bereits gearbeitet wird. Deshalb ist auch hier die Dringlichkeit nicht gegeben, deshalb lehnen wir sie ab, ebenso wie den Inhalt (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grossmann**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Ich glaube, Attraktivierung unserer Museen das ist immer ein zentrales Thema, deshalb auch vielen herzlichen Dank für den Antrag. Wir diskutieren ja diese Fragestellung auch immer wieder im Kulturausschuss, die Frau Stadträtin ist ja mit diesen Fragestellungen auch sehr intensiv befasst. Also was die Schaffung eines Kulturleitsystems betrifft, auch eine Attraktivierung des Joanneumviertels, Entsiegelung ist ohnehin ein zentrales Thema für unsere Stadt. Wir kennen die Klimaentwicklung, die wir haben, also Entsiegelung ist ein zentrales Thema, ich glaube, dass man da vielleicht ein bisschen zuwenig nachgedacht hat in der sehr ambitionierten Ausgestaltung des Museumshofes, aber ich glaube, dass man da schon jetzt darüber nachdenken sollte,

also da sind wir auch ganz dabei. Veränderungen und Erweiterungen der Öffnungszeiten und weitere Attraktivierungsmaßnahmen haben wir ja auch mit dem neuen Leitbild Kunsthaus mitdiskutiert, wo die Frau Stadträtin und der Herr Bürgermeister einen sehr intensiven Dialog angestrengt haben. Da sind wir überall mit dabei und deshalb werden wir auch der Dringlichkeit und in diesen Fragen sozusagen auch dem Inhalt unsere Zustimmung geben, weil wir glauben, dass es auch wichtig ist, diesen Diskussionsprozess aufrecht zu erhalten. Wir haben so viel zu bieten, Graz ist Kulturstadt, Graz ist natürlich nicht nur aufgrund der Museen Kulturstadt, sondern Kulturpolitik ist insgesamt zu sehen und wenn wir uns das anschauen, welche Möglichkeiten wir geschaffen haben, Theater, also nicht nur das Schauspielhaus, sondern auch das freie Theater in Graz zu besuchen, wieviel Initiativen es da gibt, was für eine bunte Vielfalt wir im gesamten Kultur- und Kunstbereich haben und wie stark wir bemüht sind, auch mit den entsprechenden Kultur- und Kunstförderungen diesen Zugang sozusagen für die Menschen auch zu schaffen, um diese Kultur auch gemeinsam genießen zu können, ist es schon sehr wichtig. Ich weiß, dass unser verehrter Herr GrazMuseum-Direktor mein Lieber Freund Otto Hochreiter meint, er würde es schaffen ohne Eintritt. Ich glaube allerdings, dass es nicht notwendig ist, dass wir überall freien Eintritt haben, überall dort, wo Menschen es sich nicht leisten können, an Kulturveranstaltungen mitzupartizipieren, brauchen wir Unterstützungen, da gibt es viele Programme, insbesondere was den Bildungsbereich betrifft, Kinder, Jugendliche, die wir sozusagen besonders fördern, um hier den Zugang auch zu den Kunstgegenständen und den Ausstellungen den interessantesten, auch der modernen Kunst, in der Stadt zu gewähren, aber auch Theater, Oper, Musical, unser Next Liberty, da ist viel Initiative da. Also in allen Bereichen Attraktivierung ja, wir sind allerdings der Auffassung, dass der wohlhabende Tourist, die wohlhabende Touristin ihren freundlichen Beitrag in Gestalt eines Eintrittspreises zu unseren Ausstellungen durchaus leisten darf. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, lieber Herr Vorsitzender, liebe Christine! Folgendes, diese Diskussion haben wir ja schon öfters hier und was mich tatsächlich wundert ist, dass die KPÖ ausgerechnet immer wieder England als so leuchtendes Beispiel bringt für das Verhältnis von öffentlicher, staatlicher Leistung und privater Leistung und wenn ich den Kulturbereich in England näher betrachte, was ich immer wieder auch getan habe, dann wissen wir zwar, dass es stimmt, dass es Teile in Museen gibt, die Gratis-Eintritt haben, aber dass dort dem Kulturbereich sehr viel Eigenverantwortung überlassen wird, seine eigene Finanzierung aufzustellen, ist ein sehr neoliberaler Zugang, wo man von Österreich wirklich von einem anderen Niveau sprechen, wenn es darum geht, dass der Staat Verantwortung dafür übernimmt, dass Menschen Zugang zu Kunst und Kultur finden. Also mich wundert es wirklich, dass ihr immer wieder dieses England als Beispiel nehmt, weil, wie gesagt, dort die Kunst und Kulturszene sich sehr alleine gelassen fühlt vom Staat und wir da in Österreich zum Glück und auch in Graz zum Glück andere Bedingungen schaffen können oder auch andere Möglichkeiten haben, zwischen Prioritäten Entscheidungen treffen zu können. Ich gehe trotzdem jetzt ein auf diese vier Punkte, die du genannt hast, weil sie ja durchaus auch Anliegen betreffen, die mir auch große Anliegen sind. Zum Kulturleitsystem. Zum Kulturleitsystem bin ich vom ersten Tag, seit ich Kulturreferentin bin, beschäftigt. Zuständig sind wir leider nicht dafür, es ist eine Zuständigkeit des Stadtplanungsamtes, aber ich kann berichten, nach langem Herumwälzen in verschiedensten Gremien, Ausschusssitzungen, Sitzungen von verschiedenen Akteuren in der Stadt soll es am 3.10. die nächste Sitzung geben eines Prozesses, der jetzt schon länger läuft, wo es um eine Schlusspräsentation der Studienaufträge für das FußgängerInnen-Orientierungssystem in der Stadtplanung, Stadtbaudirektion gibt. Das Kulturamt ist da natürlich eingebunden, es ist auch das Geld längst dafür vorgesehen, die Umsetzung ist langwierig, aber es schaut so aus, als würden wir demnächst ein Kulturleitsystem, aber insgesamt ein FußgängerInnen-Leitsystem in dieser Stadt haben können. Das heißt, da ist ein Prozess, der mühsam, aber doch zu Ende kommt, da möchte ich dazu

erwähnen, dass auch der Herr Hofrat Muchitsch als Geschäftsführer des Universalmuseums mit der Graz Tourismus da ganz intensiv mitbeteiligt sind. Zur Begrünung des Joanneumviertels, da rennst du bei mir als Umweltstadträtin natürlich zum Thema Klima und Erwärmung und Flächen in der Stadt alle Türen ein, schade, dass es immer noch nicht, damals nicht, als dieser Bau bewilligt wurde, architektonisch bewilligt wurde, planerisch bewilligt wurde, aber auch heute noch nicht die Vorgaben gibt, wie zu dem Thema neu errichtet wird. Es ist so, dass wir einen kleinen Versuch gestartet haben, indem wir in den Kreis im Rahmen vom Umweltfest diese Grünbepflanzung angebracht haben, wir haben mit dem Joanneum ein Gespräch, dass in diesem Bereich ein Ausbau stattfinden soll, alles andere ist eine Frage, die wir nicht entscheiden werden, weil es Landessache ist und eben, wie gesagt, da sind architektonische Vorbedingungen geschaffen worden, die schwer durch eine Wiese zu ersetzen sein werden. Aber wie gesagt, Landessache.

Zur Eintrittspreisgestaltung. 1,2 Millionen Euro ist der Betrag, den das UMJ mit Eintritten einnimmt. Ich bin dankbar, wenn die KPÖ, die in einer Pole-Position sitzt, wenn es um das Budgetverhandeln geht, mir die Möglichkeit verschafft, hier noch wesentlich mehr Geld in die Hand zu nehmen, als ich bis jetzt in die Hand nehmen darf, um hier noch weitere Schritte zu setzen. Ich möchte jetzt hier an dieser Stelle nicht erinnern daran, dass es trotzdem sehr viele Maßnahmen gibt, es hat der Michael Grossmann eh schon erwähnt, die speziell benachteiligten Personen Gratiszutritt, Schüler, Schülerinnen, ideale Bedingungen mit Führung usw. Das heißt, es gibt einen zielgruppenspezifischem sehr leichten Zugang zu den Museen, aber ich sehe genauso wie der Michael Grossman nicht ein, warum nicht mancher Mensch, der gutes Geld verdient, nicht auch einen kleinen Beitrag leisten soll zum Kulturgenuß, der ihn überwiegend vom Staat zur Verfügung gestellt wird. Und zur Reduktion der Öffnungszeiten möchte ich noch was dazusagen, da ist mir auch ausgerichtet worden noch einmal, es ist das Land Steiermark, das dem UMJ eine deutliche Kürzung verursacht hat und wie Sie wissen, sind Abendzeiten besonders auch am Wochenende Überstundenzeiten und die Kürzungen, die das UMJ vornehmen musste, sind nicht

stadtveranlasst, sondern einseitig landesveranlasst und da ist etwas, wo ich keinen Einfluss darauf habe, diese 20 %-Kürzung, die damals da war, aber einmalig in der österreichischen Museumslandschaft, also da ersuche ich, wirklich ans Land heranzutreten. Ich bin voll dafür, dass es die Abendöffnungszeiten gibt, aber ich bin auch dafür, dass die Museen untertags offen haben und von dem her rennst du uns mit dem Antrag teilweise die Tür ein, aber manche Türen sind schon offen, da brauchst du nur noch durchzulaufen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Mogel**: Werte Gäste, hoher Gemeinderat! Wir sehen natürlich auch ein Verbesserungspotential bei uns in der Museumslandschaft. Der Antrag zielt aber jetzt vorwiegend auf das Joanneumsviertel oder auf das Universalmuseum ab. Das Hauptproblem scheint hier aber offensichtlich nicht eine Konzepterstellung der Stadt Graz zu sein, weil die gibt es ja eh, sondern liegt eher in der Kommunikation und in dem Einfluss mit und auch das Universalmuseum. Das heißt, dieser Antrag erscheint mir jetzt hier eher als eine Themenverfehlung, deswegen werden wir jetzt diesem Antrag in der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther**: Beim Schlusswort will ich gerne auf einiges eingehen. Zunächst zu dir, Lisa. Um nicht missverstanden zu werden, generell die Kulturpolitik Großbritanniens möchte ich und überhaupt möchte ich nicht als Vorbild nehmen, weil die ist zutiefst neoliberal. Nein, es geht nicht um die Kulturpolitik, sondern es geht um diese Erkenntnis, die daraus gezogen wurde oder den Unterschied, also die Kulturpolitik dort ist fürchterlich. Aber Museen sind eben nicht nur Kulturinstitutionen, Museen sind auch ganz wichtige Bildungsinstitutionen und das ist eben das, was durchaus positiv zu betrachten ist diese Erkenntnis, weil es wird dort nicht nur durch

den freien Eintritt gelebt, sondern eben auch durch das Bildungsangebot, das stattfindet. Also das möchte ich als positiv herausstellen, alles andere ist sicher nicht. Vor allem nicht, was mit Kulturpolitik dort zu tun hat. Das wollte ich nur einmal richtigstellen, damit das nicht missverstanden oder falsch transportiert wird. Diese Nachricht mit dem Kultur- oder Fußgängerleitsystem, die kam leider erst nach Erstellung des Antrages auch bei uns an, das ist sehr erfreulich, dass da was passiert und auch mit diesen Öffnungszeiten, das ist uns klar, dass die Stadt da wirklich eigentlich nichts tun kann, aber wenn starkes Interesse daran, weiß ich auch, dass das auch dein Anliegen ist, aber wenn es der Gemeinderat noch einmal bestätigt, könnte man ja vielleicht glauben oder hoffen, dass es vielleicht doch irgendwo ankommt, weil es wäre wichtig. Zu Sissi Potzinger, ja, Kirchen in England, Kirchen sind nicht staatlich, da kann man keinen Einfluss darauf nehmen, eben Museen sind halt auch Bildungsinstitutionen und die Frage, wie die das schaffen, die will ich jetzt hier nicht aufschlüsseln. Da gibt es Experten dafür, es ist ein großer museologischer Diskurs und es ist bewiesen, muss ich aber, glaube ich, nicht hier tun. Zu dem, dass das Kindermuseum das Aushängeschild für die Grazer Museen ist, also da würde ich sagen, dass wäre eigentlich traurig, gerade das Landesmuseum ist historisch auch so bedeutsam, das kann man nicht... Das Kindermuseum, dazu muss ich sagen, das Kindermuseum, also Kindermuseen generell, auch das museologischer Streit, Kindermuseen sind zwar mittlerweile von Icom, dieser Museumsorganisation, als Museen anerkannt, in Wirklichkeit sind sie aber keine Museen, denn die Richtlinie für Museen ist, dass sie sammeln, bewahren, forschen und vermitteln. Das Kindermuseum tut nur das Letztere.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und SPÖ) abgelehnt.***

*Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **4) Situation der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) in Graz**

GR.<sup>in</sup> **Heinrichs** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Heinrichs**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, werte Damen und Herren! Ich gestatte mir, den Motivenbericht weitgehendst zu kürzen, weil sich nicht nur das Lämpchen schnell rührt, sondern das Thema dieses Dringlichen, nämlich die Situation der Kinder- und Jugendpsychiatrie, ja derzeit sehr ausführlich in allen Medien behandelt wird. Bekanntlich hatte die Volksanwaltschaft nach einem UNO-Mandat auch Visitationen im LKH Graz zur Folge. Beanstandet wurden bereits 2012 und werden nach wie vor fehlende stationäre tagesklinische und ambulante Ressourcen gleich wie fehlende Kassenstellen im niedergelassenen Bereich und der fehlende Lehrstuhl für Kinder- und Jugendpsychiatrie an der MedUni Graz und natürlich auch die Fachärzte und Fachärztinnen in entsprechenden Fachgebiet. Ganz wichtig ist auch die Nichteinhaltung des Trennungsgebotes, das heißt also, dass Jugendliche immer wieder aufgrund von Bettenmangel auf Erwachsenenstationen zu liegen kommen, hinzuweisen. In Graz konzentriert sich bekanntlicherweise die Behandlung kinder- und jugendpsychiatrischer PatientInnen vorwiegend auf das LKH Südwest, wo wir es mit Überbelegung, mit Wartezeiten und stark verkürzten Aufenthalten zu tun haben. Was aber nicht rasch und richtig behandelt wird, wird leicht chronisch und in der Zukunft sehr teuer.

Herr Landesrat Drexler und Herr KAGes-Vorstand Tscheliessnigg haben die schnelle Inangriffnahme des Problems zugesagt. Der Landesrat verweist allerdings einmal mehr auf Kapazitätsmängel, welche sich ergeben, weil seitens der Sozialversicherung bis

jetzt im niedergelassenen Bereich keine Kassenverträge zustande gekommen sind. Vielleicht ist das mittlerweile anders, ich befürchte nicht. Seitens der Ärztekammer heißt es, wird seit 2013 der Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie verlangt, laut Kleiner Zeitung vom 7. September 2016 weiß die zuständige Fachgruppenobfrau nichts von diesbezüglichen aktuellen Verhandlungen. Vielleicht hat sich auch das mittlerweile geändert. Status quo also Ping-Pong würde ich das nennen. Ich habe mir diverse Unterlagen, also Anträge der KPÖ im Landtag und die dazugehörigen Beantwortungen und auch parlamentarische Arbeitspapiere durchgelesen und was die Beantwortung im Landtag betrifft auf die gestellten Fragen, da steht wenig beruhigend unter anderem auf die Frage: „Was werden Sie unternehmen, um die nötige Bettenkapazität zu erreichen?“, dass der Österreichische Strukturplan für Gesundheit und auch der Regionale Strukturplan für die Steiermark derzeit überarbeitet werden. Für den Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie sind keine großen Änderungen zu erwarten. Meine Damen und Herren! Im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist in Graz eine eindeutige Unter- beziehungsweise Fehlversorgung gegeben.

Psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen sind im Ansteigen begriffen, auch die Erkrankungen bei Erwachsenen, aber heute geht es uns um die Kinder und Jugendlichen.

Bedingt durch den stetigen Zuwachs an Einwohnern der Stadt Graz ist es dringend notwendig, ausreichend quantitative wie qualitative Kapazität zur medizinischen Versorgung im Fachgebiet zu gewährleisten.

Auch für das medizinische Personal sind die Bedingungen, unter denen gearbeitet werden muss, teilweise mehr als herausfordernd. Wir haben den Artikel von Frau Primaria Purtscher, welche ja den Standort im LKH Südwest leitet, gelesen. Dem medizinischen Personal möchte ich an dieser Stelle Respekt und großen Dank aussprechen.

Im Sinne unserer Kinder und Jugendlichen, des betroffenen medizinischen Personals und im Sinne aller Experten und Expertinnen, welche – die nötigen Ressourcen einfordernd – Stellung bezogen haben, stelle ich seitens der KPÖ Graz folgenden

## **dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt Graz tritt im Petitionsweg an den Landtag Steiermark sowie die Steiermärkische Landesregierung heran mit der Forderung, unter Einbeziehung von VertreterInnen aller betroffenen und kompetenten Stellen, also medizinische Einrichtungen, Sozialversicherungsträger, Ärztekammer, Landesschulrat usw. eine rasche qualitative und quantitative Verbesserung der Versorgung im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie im Sinne des Motivenberichtes zu erarbeiten und umzusetzen. Danke für die Aufmerksamkeit und ich bitte um Ihre Zustimmung (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Haas-Wippel**, MA zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geschätzte Damen und Herren auf der Galerie! Ich bedanke mich für diesen wirklich wichtigen Antrag, denn die Versorgung beziehungsweise die Verbesserung der Versorgung der Kinder und Jugendlichen ist auch uns ein großes Anliegen und ist dringendst notwendig. Es ist ja schon ein paar Mal auch im Gemeinderat Thema gewesen. Wir unterstützen diesen Antrag in der Dringlichkeit und im Antrag selbst und ich hoffe, das machen auch viele andere Fraktionen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Kopera**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Elke! Als Medizinerin weiß ich, dass die psychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen seit Jahrzehnten im Argen liegt und wenn man Kinderpsychiatrie Graz googelt, dann stößt man unter anderem auf einen Bericht in der

„Kleinen Zeitung“ vom 25. Juli 2014 mit der Überschrift „Neues Zentrum für Kinder- und Jugendpsychiatrie wird gebaut“. Mittlerweile sind zwei Jahre vergangen und es hat sich nichts geändert. Aus diesem Grund danke, Elke, für diesen wichtigen Antrag und wir werden inhaltlich und in der Dringlichkeit mitgehen (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> **Ribo**, MA: Liebe KollegInnen, liebe Elke! Danke dir für den Antrag, natürlich ist es sinnvoll und dringend notwendig, dass eben in diesem Bereich auch was weitergeht. Vor allem ist es mir wichtig, dass ich hier die Sozialversicherungsträger eben auch erwähne, weil die halten sich ja bis jetzt geschickt heraus und die sollen auch eben Verantwortung übernehmen. Was aber auch noch wichtig ist, ich meine, hier geht es um unsere Kinder und Jugendlichen, was kann wichtiger sein? Und alles, was wir jetzt in diesem Bereich investieren, das sind langfristig Kosten, die wir uns dann ersparen. Deswegen, es kann nicht richtig sein, dass Kinder mit psychischen Problemen auf der Erwachsenenpsychiatrie landen. Und einige davon, da habe ich kürzlich einen Artikel gelesen, einige werden dort zwangshinverwiesen und andere natürlich freiwillig, weil ihnen nichts anderes übrig bleibt. Und es gibt eben auf dieser Erwachsenenpsychiatrien keine altersadäquate Behandlung, dann ist es so, dass das pädagogische Angebot fehlt, dann fehlt natürlich also das Zusammensein mit Gleichaltrigen und das sind alles Faktoren, die aber für die Genesung so wichtig sind. Und ich habe mich da auch ein bisschen schlau gemacht und laut der Rechtsprechung haben Minderjährige ein Recht darauf, getrennt von erwachsenen Menschen mit psychischen Erkrankungen behandelt zu werden. Es ist eben höchste Zeit, dass eben dieser Versorgungsmangel natürlich beseitigt wird und von unserer Seite Unterstützung in der Dringlichkeit und auch natürlich beim Inhalt. Danke (*Applaus Grüne*).

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

**5) Leistbares Wohnen: Anpassungen Wohnungsunterstützungsgesetz und Härtefonds**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Wochen ist das neue Wohnungsunterstützungsgesetz des Landes das bestimmende Thema für viele. Es ist ein neues Gesetz, es wird vieles geändert und es ist auch klar, dass die Auswirkungen erst dann, wenn der Vollzug greift, also auch individuell sichtbar wird. Theoretische Rechenbeispiele, wie sie uns auch hier, liebe Kolleginnen und Kollegen von der KPÖ, angestellt haben, helfen in unserem, in diesem derart komplexen Bereich nicht unbedingt die geeignete Basis für eine seriöse Aufarbeitung. Wir haben uns auch damit auseinandergesetzt und deswegen ist es umso wichtiger, dass seitens des Grazer Sozialamtes genau mit dieser seriösen fachlichen und vor allem fallbezogenen Überprüfung der Folgen im Zusammenhang mit dem Mindestsicherungsgesetz vom ersten Tag an konsequent begonnen wurde. Denn Ziel kann es nur sein, aufgrund der konkreten, der realen Auswirkungen punktgenau darauf zu achten, wo aufgrund der Neuregelung für die Betroffenen Verschlechterungen entstehen und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen sind. Parallel dazu hat das Land bereits angekündigt, ein begleitendes Monitoring, etwa in Bezug auf die Auswirkungen der Einkommensgrenzen und des Einkommensbegriffes,

durchzuführen, finanzielle Mittel für Härtefälle bereitzustellen und eine Evaluierung des Wohnunterstützungsgesetzes vorzunehmen.

Diese vom Land eingerichtete Überbrückungshilfe soll außerdem zumindest so lange eingerichtet bleiben, bis aufgrund der Daten des Monitorings eine entsprechende Novellierung des Wohnunterstützungsgesetzes vorgenommen wird.

„Leistbares Wohnen“ darf nicht allein darauf beschränkt werden, dass nach dem Wohnungsbezug Mietunterstützungen gewährt werden. Die Bemühungen um leistbares Wohnen sollten bereits vor der Projektierung beginnen. Das heißt: Noch mehr als bisher ist der Blick auf Vorgaben, Richtlinien, Auflagen und Bestimmungen im geförderten Wohnbau zu legen. Auch in dieser Frage ist der Landesgesetzgeber gefordert, gemeinsam mit den VertreterInnen der Wohnbauträger entsprechende Überlegungen anzustellen, wo es Verbesserungspotenzial gibt. Ebenso sind im Verantwortungsbereich der Stadt Graz alle möglichen Mittel zur Forcierung des „leistbaren Wohnens“ einzusetzen. Vorrangiges Ziel muss es sein, günstigen Wohnraum zu schaffen, damit möglichst wenige Menschen überhaupt auf Beihilfen angewiesen sind.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

### **dringlichen Antrag:**

Im Sinne dessen, dass „leistbares Wohnen“ eine Unabdingbarkeit ist, werden die zuständigen Stellen des Landes dringend ersucht,

1. das neue Wohnungsunterstützungsgesetz gemäß Monitoring überall dort, wo gravierende Verschlechterungen für die Betroffenen zutage treten, sukzessive zu evaluieren und seitens des Landes gegebenenfalls Änderungen vorzunehmen und die eingerichtete Überbrückungshilfe ohne Befristung auf jeden Fall solange

aufrecht zu erhalten, bis eine entsprechende Novellierung des Gesetzes durchgeführt wird und

2. mit den VertreterInnen der Wohnbauträger dahingehend konkrete Überlegungen anzustellen, inwieweit durch Evaluierungen in der Wohnbauförderung, über Auflagen, Richtlinien, Vorgaben und Bestimmungen mehr als bisher deutliche Akzente für „leistbares Wohnen“ gesetzt werden können, um auch auf Ebene der Stadt Graz „leistbares Wohnen“ und Schaffung von günstigem Wohnraum zu forcieren.

Um Annahme des Antrages wird ersucht (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Krotzer** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat, werte Zuseherinnen und Zuseher, liebe Antragstellerin! Natürlich von unserer Seite hier ein paar Bemerkungen und die erste ist die ganz zentrale, dass das, was wir hier gemacht haben, definitiv keine theoretischen Rechenbeispiele sind, sondern das ist die bittere Realität für Alleinerziehende, für Pensionistinnen, für Pensionisten, für Studierende, für viele tausend Menschen in der Steiermark, die mit dieser neuen Wohnunterstützung, die eben eine unsoziale Kürzung der früheren Wohnbeihilfe darstellt, die damit leben müssen. Das ist keine graue Theorie, sondern das ist Praxis, womit diese Landesregierung Menschen in Armut stürzt, in Not stürzt und in Verzweiflung stürzt. Es sind in den letzten Wochen hunderte Menschen ins Büro von der Elke Kahr gekommen und es sind hunderte Fälle dort durchgerechnet worden. Nahezu in allen Fällen haben sich Verschlechterungen ergeben für die Menschen und ich will hier zwei und eben praktische Beispiele herausgreifen von einer Witwe mit zwei Kindern, 820 Euro Einkommen, und dadurch, dass die Familienbeihilfe nun als Einkommen gerechnet wird, verliert sie von früher der Unterstützung von 194 Euro Wohnbeihilfe fällt sie herunter auf null, das ist keine Theorie, das ist die Praxis und das ist katastrophal, was diese Landesregierung hier angerichtet hat damit.

Weiteres Beispiel, alleinerziehende Mutter, zwei Kinder, bisher Wohnbeihilfe 169 Euro, fällt ebenfalls runter auf null Euro und das ist für Menschen eine unglaubliche Verschlechterung. Die Verschlechterungen, die hier kommen in aller Kürze, eben die Tatsache, dass die Familienbeihilfe einberechnet wird ins Einkommen genauso wie Alimente, wo man dazusagen muss übrigens für diejenigen, die Alimente zahlen, wiederum wird es nicht abgerechnet. Für Studierende heißt es auch, dass sie abhängig sind vom Einkommen der Eltern, wobei das mit 2000 Euro für beide Elternteile nicht unbedingt großzügig berechnet ist und da kommt noch die Tatsache dazu, dass auch nicht geschaut wird, ob denn die Studierenden überhaupt Unterstützung von ihren Eltern bekommen. Und auch eine Sache ist natürlich die der Vermögensobergrenze, der sogenannten, weil die fängt an zu greifen bei 4188,80 Euro. Hier von einem Vermögen zu reden, wo Menschen eventuell ihr ganzes Leben sich ein bisschen einen Notgroschen angespart haben und wenn sie über diese 4.188 Euro drüber kommen, dann hätten sie nicht einmal den Anspruch auf diese Wohnunterstützung, wo ich mir wirklich denke, das kann doch niemand wirklich durchgedacht haben, was hier herauskommt. Insofern kann es von unsere Seite nur den Abänderungsantrag geben, den ich gleich ankündigen darf, gemeinsam von mit den Grünen, die das dankenswerterweise unterstützen, der eben vorsieht, dass wir fordern, das Wohnunterstützungsgesetz außer Kraft zu setzen und zu den Regelungen der Wohnbeihilfe, wie sie bis 2009 gegolten haben, zurückzukehren und jedenfalls aber von der Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen abzusehen, der Punkt drei in diesem Abänderungsantrag entspricht dem Punkt 2 in eurem ursprünglichen Antrag. Ich hoffe seitens der Stadt Graz auch aus finanzpolitischer Hinsicht, weil das die Stadt Graz ja natürlich auch in der Mietzinszahlung betrifft, unterstützt die Stadt Graz, stellt sich hier an die Seite der Bürgerinnen und Bürger der Stadt, weil dieses neue Gesetz eine immense Verschlechterung darstellt und wir können auch gleich ankündigen, falls sich hier, ich nenne es jetzt Vernunft und soziales Gewissen nicht durchsetzen, dass unsererseits natürlich auch der Widerstand gegen

diese Regelung fortgesetzt wird. Unter anderem auch mit einer Demonstration am 12. Oktober. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

**GR. Stöckler:** Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Galerie! Danke Susanne für den Antrag und ich hätte mir nie gedacht eigentlich in den letzten Jahren, dass ich dem Robert Krotzer Recht geben muss. Aber in diesem Fall muss ich ihm wirklich Recht geben. Man muss da wirklich die Damen im Land und vor allem, da meine ich jetzt die Frau Landesrätin Kampus und auch die Abteilungsleiterin der Abteilung 11 im Land, ein bisschen in die Pflicht nehmen auch. Sie verkaufen das als ganz großen Gewinn, Vereinfachung usw. und wenn man sich das genau ausrechnet und der Robert hat es angesprochen, es sind nicht nur theoretische Modelle, es ist praktisch. Die Leute verlieren teilweise 60 Euro und mehr und das bei Einkommen, die sich wirklich im absoluten Existenzminimum-Bereich bewegen und da muss man schauen, dass man das schnell evaluiert und dann noch viel schneller novelliert. Das muss Ziel und Zweck des Ganzen sein. Des Weiteren die Intention war richtig, wir brauchen die Zahlen, wir haben überall einen finanziellen Druck, das ist keine Frage, es braucht eine Vereinheitlichung und eine Vereinfachung auch. Aber es kann nicht sein, wie die Frau Landesrätin in ihrer Pressemitteilung vom 2.9. schreibt, „einfacher, transparenter, gerechter“ und unten schreibt sie dann gleich einmal, „es ist mir aber persönlich ein Anliegen, dass Härtefälle vermieden werden, etwa bei Alleinverdienerinnen“. Ich meine, sie weist ja schon selbst darauf hin, das hätten sie ja müssen vor dem Ganzen ausrechnen und deswegen werden wir der Dringlichkeit und auch dem Inhalt deines Antrages zustimmen und ich muss sagen, bitte tretet mit eurer Landesrätin und vor allem der Abteilungsleiterin in der Abteilung 11 auch in Kontakt, damit das schnellstmöglich novelliert wird. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuhörerInnen! Als Sozialwissenschaftler weiß ich natürlich, dass wir immer Experimente in Echt-Zeit machen, das ist unser Problem in der Sozialwissenschaft. Aber das Experiment ist vielleicht ein bisschen übertrieben, es wurde jetzt schon gesagt, wenn ich bei der Einführung schon weiß, dass ich so viele Härtefälle habe, dass so viel nicht passt, dann ist das mit dem Evaluieren vielleicht nicht ganz der richtige Zugang. Also ich glaube, es kann bei jeder Gesetzesnovelle die eine oder andere Kleinigkeit schiefgehen, das ist in der Natur der Sache und da muss man natürlich auch ein wenig ausbessern. Aber was hier passiert ist, ist, dass von vornherein eigentlich schon gewusst wurde, dass so vieles nicht passt, das hat man sich nicht angeschaut, das war etwas vielleicht ein bisschen Huch-Pfusch-Aktion das Ganze und es war natürlich auch, was wir schon öfter kennen, Sparen im falschen Bereich. Wir haben das heute erfahren, dass das Land locker sieben Millionen bringt für den Kraftwerksbau, da haben wir kein Problem, so einen Zuschuss zu finanzieren, aber im unteren Einkommensbereich bei der Wohnbeihilfe früher hier wird natürlich gespart und das kann so nicht sein, obwohl ein gewisser Novellierungsbedarf durchaus recht erkennbar sein könnte in dem Bereich. Also hinschauen, novellieren ja, der eine oder andere Härtefall darf natürlich auch entstehen, da muss man das ausrechnen, das mag schon sein, aber dass Härtefälle systematisch in so großer Menge mit so einer Härte produziert werden und dann sagt man, jetzt gehe ich ausgleichen ohne genaue Rechtsgrundlagen, das heißt, ich mache die Leute nur zu Bittstellern, das kann es nicht sein. Also ich glaube, da braucht man eine neue Verordnung, ein neues Gesetz und das muss man deutlich besser aufsetzen. Und inzwischen, glaube ich, geht es nicht um Evaluierung und Korrigieren, inzwischen wäre es einfach gut zurückzukehren zur alten Regelung, deswegen die Unterstützung des KPÖ-Abänderungsantrages, wir sind voll dabei, dass man hier noch einmal zur alten Regelung zurückkehrt und dann in Ruhe eine sinnvollere Form anschaut. Vielleicht mit weniger soziale Härten, vielleicht auch mit weniger Einsparung, also ein bisschen mehr hier auch bewusst Gesellschaftspolitik machen. Und von der SPÖ bin ich ein bisschen

verwundert, ich hätte euch ein wenig mutiger eingeschätzt als Evaluieren und Härtefälle, sondern ich hätte schon erwartet, dass ihr strengere Worte findet, wenn irgendwas schiefgeht, kann man dazu stehen und kann man eigentlich sagen, bitte so nicht, lösen wir das schnell und anständig mit der alten Regelung wieder. Es ist ein bisschen, ich hätte auf ein bisschen mehr gehofft (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Moser**: Werte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Frau Vizebürgermeister! Wir haben uns den Antrag natürlich auch genau angeschaut und stellen einmal fest, dass das Land mit ÖVP- und SPÖ-Mehrheiten dieses Gesetz beschlossen hat. Es geht um das Sparen und wenn wir uns anschauen, dass bei der Wohnbeihilfe von 2009 eine Senkung durchgeführt worden ist von 73 Millionen auf 46 Millionen im Jahr 2014, so wurde hier bereits gespart. Dass man natürlich eine Novelle durchführen kann und organisatorische Verbesserungen machen kann, das ist schon gut und richtig. Aber ich bin hier teilweise oder größtenteils bei meinen Vorrednern, was also die Härtefälle betrifft usw. Nur im Grunde ist es jetzt ein Bereich, wo vom Wohnbaubereich, von der Wohnbeihilfe oder jetzt von eben dem neuen Gesetz, im Wohnungsunterstützungsgesetz hin verschoben werden soll in den Sozialbereich. Und wenn wir jetzt das anschauen, dafür ist die SPÖ und die ÖVP verantwortlich und ich habe überhaupt kein Verständnis, warum Sie nicht zum Telefonhörer greifen, liebe Kollegin, und das mit Ihren Parteikollegen ausmachen, das ist einmal das Erste. Wir würden das so machen (*Applaus FPÖ*). Das Zweite, was hier aber ist inhaltlich jetzt, das Weitere, was es hier gibt inhaltlich, es kommen die Österreicher unter die Räder, niemand denkt dran, dass man an die Gesetzesvorlagen an Oberösterreich sich einmal orientiert oder an Linz orientiert, wo es andere Gesetzesvorlagen gibt sowohl im Sozialzugang und auch im Wohnungszugang und da bitte könnten wir einiges novellieren und einiges verbessern, das ist das Nächste. Die FPÖ hat im Land zwei

Entschließungsanträge in dieser Sache eingebracht, die wurden leider abgelehnt, da ist also der Sozialraubbau, aber auch andere Dinge, der Zugang entsprechend wäre zu regulieren gewesen, daher sind aus diesen Gründen, weil hier das abgelehnt wurde, sind wir sowohl inhaltlich als auch in der Dringlichkeit dagegen, auch für die beiden Ergänzungsanträge (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Kurzes Schlusswort zur Dringlichkeit. Es wurde vieles angesprochen und auch warum wir den Antrag eingebracht haben. Es gibt Grazer Besonderheiten, die in der Mindestsicherung mit verbunden sind, auch das ist uns ein Anliegen und deswegen wollten wir das insbesondere mitnehmen. Ein Kollege hat angesprochen, dass die Wohnbeihilfe in der Wohnbauförderung oder dass das jetzt verschoben wird, ich würde jetzt einmal sagen, es war immer im Wohnbeihilfengesetz geregelt, aber es war immer eine soziale Hilfe und es war ein Anhängsel vom Wohnbauförderungsgesetz. Sie nicken, dass ich hier Recht habe und hier hat eine Herauslösung und eine Trennung zwischen Bauförderung und individueller Förderung stattgefunden. Und ich glaube, das ist ein wichtiger Schritt und dieser wichtige Schritt der Trennung macht auch Klarheit und wir wissen, dass die Umstellung mit den Grazer Besonderheiten natürlich auch Veränderungen und Härten mit sich bringt und deswegen ist unser Antrag, hier insbesondere darauf hinzuwirken, dass diese Härten nicht durchgreifen. Es wurde angesprochen, es außer Kraft zu setzen und wieder einen Schritt zurück machen, nein, das ist kein Thema, eben weil ich es erläutert habe, dort die Bauförderung, dort die individuelle Hilfe. Nur es geht um eine Weiterentwicklung und auf die Besonderheiten, die wir im städtischen Bereich haben, hinzuschauen. Danke (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Bürgermeisterstellvertreterin Kahr übernimmt um 17.15 Uhr den Vorsitz.***

GR.<sup>in</sup> **Haas-Wippel**, MA zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie! Aufgrund der Wortmeldung von den Fraktionen, speziell auch Freiheitliche, die das nicht als dringlich erachten, glaube ich, muss ich unsere Ziele und unsere Überlegungen noch einmal klarer zum Ausdruck bringen. Worum geht es uns als SPÖ und warum haben wir diesen Antrag gestellt? Für uns ist das Thema dringlich, es ist ein wichtiges Thema und wir haben das Ziel und den Ansatz, dass so wenig wie möglich Menschen eine Zuzahlung brauchen. Wenn sie sie brauchen, sollen sie ihn bekommen, den Beitrag, aber das Ziel sollte sein, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, dass das so gering wie möglich ist und wo fängt man da an? Dass Wohnen, dass Bauen billiger wird und da ist nicht nur die Stadt Graz gefordert, sondern da brauchen wir auch das Land und den Landesrat Seitinger, der uns hier Unterstützung gibt. Es geht darum, dass man Vorgaben durchforstet, schaut, wo kann es günstiger werden, ohne bei der Qualität wie Behindertengerechtigkeit und Barrierefreiheit Abstriche zu machen. Also das ist einmal ein zentraler Ansatz, nicht Armut verwalten, sondern Lösungen anzubieten. Und da bin ich auch bei der Stadt Graz, nur Wohnungen zu verwalten, ist auch zu wenig, da braucht es einfach auch Innovation, Lösungsansätze und wirksame Ansätze, damit wir hier auch in Graz unseren Beitrag liefern. Und das Zweite ist, dass wir nicht glücklich sind mit dem Gesetz, das zeigt ja dieser Antrag, den die Kollegin Susanne Bauer gestellt hat. Wir wollen Härtefälle abfedern, wir wollen sie unterstützen, wenn diese Fälle, die der Herr Krotzer angesprochen hat, zu einer so deutlichen Einschränkung kommen, das muss evaluiert werden und dann muss man das wieder neu ansetzen. Aber jetzt zu

sagen, das Gesetz gleich wegzugeben, das ist einfach zu einfach, weil das Gesetz vorher war auch nicht der Stein der Weisen, muss ich auch sagen. Es hat eine Reform gebraucht, war vielleicht zu schnell geschossen, aber zu sagen, jetzt tun wir das wieder zurück auf den Status quo, wie es früher war, geht auch nicht. Deshalb werden wir natürlich dem Abänderungsanträgen nicht zustimmen, sehr wohl wir dieses Thema sehr, sehr ernst nehmen, das möchte ich noch einmal betonen. Aber da gibt es die zwei Schienen, die wir vertreten, das eine ist, Wohnbau günstiger zu machen und Härtefälle abzufedern. Es muss evaluiert werden und dieser Härtefonds kann auch verlängert werden, das steht nirgends geschrieben, dass das nur in eine Spanne eines Jahres zu betragen hat, also da braucht es schon noch Adaptierungsbedarf und dafür stehen wir als SPÖ Graz. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. **Ehmann:** Geschätzte Damen und Herren, Mitglieder des Gemeinderates, geschätzte Vizebürgermeisterin! Wir haben es uns nicht einfach gemacht mit diesem Antrag, wir haben einen Antrag gestellt, der selbstverständlich sehr kritisch mit der Situation umgeht, ja wir sehen die Situation auch durchaus kritisch, das ist so und wenn uns Kolleginnen und Kollegen der FPÖ erklären, das bespricht man in einem Telefonat mit Freundinnen und Freunden im Land, ja, das mag so sein, wo war Ihr Telefonat in Kärnten, wo es uns jetzt rund neun Milliarden Euro kosten wird als Republik, da frage ich mich auch, wo haben Sie da telefoniert, wo ihr Telefonat oder zumindest ein sehr teures Telefonat offensichtlich. Denn ich war selbst im U-Ausschuss und habe da sehr viel mitbekommen, wie hier umgegangen wurde mit Republikeigentum. Das heißt, man darf es sich nicht so leicht machen und nicht so populistisch machen, aber zum Populismus sage ich auch dazu, gleichsam der KPÖ sich nur hinzustellen und hier Horrorbeispiele heraufzurechnen, obwohl sie dort und da, das sage ich auch dazu, weil ich habe es über das Sozialamt auch rechnen lassen, stimmen in Einzelfällen, die wir nachträglich berechnet haben. Wir sind nicht mit Fällen hinausgegangen, wo wir vermutet haben, sondern wir haben gesagt, wir lassen die Fälle im Hintergrund

berechnen, nämlich auf seriöser Basis, was dann in der Bescheid Erstellung tatsächlich steht und das schauen wir uns an. Und das haben wir uns angeschaut und daher sind wir zu dem Entschluss gekommen, wir müssen diesen Antrag stellen, es ist die Dringlichkeit, die Notwendigkeit der Dringlichkeit vorhanden. Das heißt, es gibt hier Fälle, die sehr problematisch sind und möglicherweise existenziell in einigen Bereichen sind und das kann uns nicht zufrieden stimmen, im Gegenteil, das ist nämlich möglicherweise dabei vorbeigegangen, worum es eigentlich gegangen ist. Gegangen ist es nämlich in der Ausgangsrichtung, und das muss ich schon sagen, so darum, Vermieterinnen und Vermieter beziehungsweise überhaupt Wohnbau, leistbaren Wohnraum zukünftig in einer besseren Form zu ermöglichen, Druck auszuüben auf Vermieterinnen und Vermieter. Dass dieses Mittel über die Betroffenen nicht das probate Mittel ist, da gehe ich konform, deswegen haben wir uns auch auf diesen Antrag geeinigt und haben gesagt, das kann kein Mittel sein, hier Druck auf Vermieterinnen und Vermieter auszuüben, sondern de facto über den Wohnpreis muss man sich Gedanken machen über das Angebot. Das heißt, Spekulation kann ich dann zurückdrängen und Preis kann ich dann regulieren, wenn es ein entsprechendes Angebot gibt. Wenn es das entsprechende Angebot nicht gibt, dann werde ich der Spekulation und der Preisspekulation ausgesetzt sein, das muss uns ja allen klar sein. Jetzt muss man aber in weiterer Folge auch sagen, wenn ich mir jetzt anschau, dass die Gemeinnützigen vor etwa drei Jahren, der Verband der Gemeinnützigen Genossenschaften vor etwa drei Jahren eine Studie herausgebracht hat, die besagt, also die ungefähr eine Million Quadratmeter untersucht hat in unterschiedlichsten Formen des Wohnbaus, gemeinnützig gefördert usw. und besagt, dass der frei finanzierte mittlerweile offensichtlich in vielen Bereichen günstiger ist wie der geförderte, da muss man auch darüber nachdenken, und da rede ich jetzt nicht von Qualitätseinbußen, da soll jetzt keine Möglichkeit einer Fußbodenheizung oder was auch immer sein, aber man muss sich wahrscheinlich schon darüber unterhalten, ist es sinnvoll, dass wir im sozialen Wohnbau, im geförderten Wohnbau, den wir Menschen zur Verfügung stellen wollen, die es halt nicht so leicht im Börsel haben, das sage ich

auch ganz klar dazu, dass die eine Dreifachverglasung brauchen, vielleicht geht es nach heutiger Technologie auch mit Zweifachverglasung, aber die Grundintention des Antrages ist ja doch die, dass man sagt beim Punkt eins, schauen wir uns das noch einmal an, wir glauben, dass es kein probates Mittel in dieser Folge ist und dass wir uns da die Härten anschauen müssen und dass das in dieser Form vielleicht tatsächlich nicht so ideal ist, wie die Grundintention des Landes war. Und der Punkt zwei, wie schauen wir uns das im Wohnbaubereich, nämlich gemeinsam mit Trägerinnen und Trägern und den gesamten Verantwortlichen in diesem Bereich, sei es Wohnbau, was auch immer, wo es schon viele Vorschläge gibt, aber in der Verantwortung des Landesrates mit Landesrat Seitinger zusammen an, wie können wir Wohnbau tatsächlich zukünftig leistbar oder leistbarer gestalten. Ich glaube, das muss ja die Grundintention von uns gemeinsam allen sein und nicht, wer hat jetzt schuld und wer ist jetzt der Schlimme und wer ist jetzt der Böse und was auch immer, sondern denken wir drüber nach, hier wurde etwas beschlossen, das aus unserer Sicht, in Graz sind wir Hauptbetroffene, nämlich dann auch in weiterer Folge mit der Mietzinszahlung, die ja über alle Parteien beschlossen wurde, das heißt, hier gibt es ein gemeinsames Commitment, wo wir sagen, wir unterstützen Menschen, die über ein Drittel ihres Einkommens aufwenden müssen im Gemeindewohnbau oder Übertragungswohnbau. Das heißt, setzen wir uns hin, schauen wir uns das an, das wird unsere Stadt ja auch was kosten, wir werden ja auch dort Ausgleichsmaßnahmen oder beziehungsweise Zuzahlungen zu treffen haben womöglich, wo es Reduzierungen in diesem Bereich gibt. Das heißt, schauen wir uns das noch einmal vernünftig an, was kann das Land machen oder verändern, sei es im Einkommensbegriff, ist es sinnvoll, die Familienbeihilfe da in dem Bereich einzusetzen, weil es einfach zu hohe Sprünge macht oder wie schaut das aus. Und gleichzeitig im Wohnbaubereich, wie können wir leistbares Wohnen, aber auch in Graz, da sind wir auch in Graz gefordert, weil nur immer zu sagen, leistbarer Wohnraum, ist schon klar, ist wunderbar, aber wenn wir nicht tatsächlich Grundstücksflächen sichern für Übertragungsbau, weil der Eigenkommunalwohnbau einfach eine relativ teure Geschichte ist und vielleicht nicht in dem Ausmaß

sichergestellt werden kann, wie wir uns das wünschen, dann muss ich sagen, ok, dann müssen wir aber auch über Grundstückssicherung nachdenken und dann vielleicht auch einmal in atypischen Wohnbezirken, um sozioökonomische Trennung vornehmen zu können oder vornehmen zu lassen. Aber wie gesagt, das sind alles Sachen über die wir uns unterhalten müssen, glaube ich, hier darf es keine Denkverbote geben und der Ansatz unseres Antrages war genau in diese Richtung. Jetzt niemanden anzupatzen, um das geht es nicht, das sage ich noch einmal ganz klar und deutlich, sondern es geht darum, sich Gedanken zu machen, hier wurde eine Lösung getroffen und was festgestellt und was beschlossen, was vielleicht nicht so ideal ist, wie der Ursprungsgedanke in zweierlei Hinsicht, nämlich zum einen im Beihilfensystem und zum anderen am Wohnbau oder bei den Wohnbauträgern selber. Und insofern sollten wir uns Gedanken machen, glaube ich, und deswegen würde ich sagen, dass dieser Antrag relativ wichtig ist und die Zustimmung erfordert. Danke (*Applaus SPÖ*).

***Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 17.30 Uhr den Vorsitz.***

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Kahr**: Ich wollte mich eigentlich gar nicht melden, weil eigentlich das Wesentliche mein Kollege Gemeinderat Krotzer schon gesagt hat. Aber es sind jetzt zwei Wortmeldungen gefallen und zum Schluss von Herrn Stadtrat Ehmman, da muss ich mich einfach zu Wort melden. Ich sage das jetzt, obwohl ich mich wirklich innerlich sehr aufrege und wissen Sie warum, meine Damen und Herren, weil seit dieses Gesetz im Landtag beschlossen ist und wie wir die Durchführungsbestimmung gesehen haben und das muss man einmal, da muss ein halber Mathematiker verstehen, um diese Durchführungsbestimmung überhaupt einmal zu entziffern, ich mich bei jedem Beispiel von Menschen, die bei uns waren, und das waren überwiegend Österreicher

und Österreicherinnen, nur so viel auch zur FPÖ, ich mir immer gewünscht habe, da irre ich mich. Wir haben das falsch, irgendwie haben wir da was übersehen oder das kann es nicht sein, weil zwei Drittel, das soll eher wenig greifen, waren genau solche Beispiele, wie mein Kollege, die stammen eh aus unserem Büro, es so ausgegangen ist. Es waren bis auf jene Pensionisten-Ehepaare mit Mindestpension oder Personen oder Familien, die vorher auf unter 30 m<sup>2</sup>, also auf Minizimmer gewohnt haben, die ausgeschlossen waren von einer Wohnbeihilfe oder wenn der Netto-Mietzins über 7,44 Euro Richtwertmiete gelegen sind, die haben bisher auch keine bekommen, dadurch, dass das weggefallen ist, kommen die vielleicht mit ein bisschen einer Wohnunterstützung neu in Genuss. Alle anderen Beispiele sind weniger gewesen oder gar nichts und das waren wirklich hunderte. Das war der Grund, warum wir uns da so empört haben und auch unter anderem damals auch einen Dringlichkeitsantrag eingebracht haben und meine KollegInnen im Landtag sich da äußern. In einem Punkt hat die Kollegin Gemeinderätin Bauer Recht, im Landtag war es immer ein Fehler, dass aus dem großen Topf der Wohnbauförderung auch die Individualförderung der Wohnbeihilfe immer... weil da war immer der Streit, du hast die Summe x hast gehabt und was ist jetzt wichtiger, der Geschosswohnbau, der geförderte oder jetzt die Individualförderung, die Subjektförderung. Wir waren seit Jahrzehnten, und deshalb habe ich mich da gemeldet, ich sage das jetzt gar nicht böse, sondern ich gehe davon aus, dass du die Historie ja nicht weißt, wir machen immerhin 17 Jahre Wohnungspolitik da in Graz, haben wir immer gesagt, wir brauchen Grundstücke, muss die Stadt Graz dafür sorgen und wir brauchen das Land Steiermark für die Wohnbaufördermittel, aber verzeih, dass ich das bitte jetzt so sage, da bist nicht du schuld da und auch nicht die Kollegen, aber eure Kollegen im Landtag haben diesen sozialen Wohnbau an die Wand gefahren, das ist sukzessive zurückgegangen. Die Wohneinheiten im sozialen Wohnbau für die gesamte Steiermark sind 700, das ist nichts, deshalb haben wir uns jetzt vor zwei Jahren entschlossen, dass wir gesagt haben, bis wir da warten, werden wir schwarz, deswegen gehen wir einen eigenen Weg und mit dem Graz-Modell versuchen wir selbst wieder mit einer gedeckelten

Mietobergrenze selbst Gemeindewohnungen wieder zu bauen, wie es in der Zwischen- und Nachkriegszeit üblich war und wir auch selbst verwalten. Weil dann haben wir selber einen Einfluss auf das Ganze. Der soziale Wohnbau ist im Land an die Wand gefahren worden, das ist leider so, sind kaum Mittel da und unter anderem auch, weil natürlich die Subjektförderung auch daraus bezahlt worden ist und das hätte immer sauber getrennt gehört, insofern hat die Susi schon recht. Aber die Wohnbeihilfe jetzt in dieser Weise, also die Wohnunterstützung neu zu gestalten, wie sie jetzt ist, das ist eine Katastrophe, weil auf der einen Seite fehlt uns genügend wirklich günstiger und erschwinglicher dauerhafter Wohnraum für die Familien und Personen in der Steiermark und auf der anderen Seite ist der private Wohnungsmarkt zu teuer, wo man aber auch schon, weil das leistbare Wohnen, das fordern wir, aber das fordert ihr oft auch auf Plakaten und da warten wir auch schon längst auf eine Mietrechtsreform im Bund, die sozusagen die Einzigen wären, die müssten sozusagen sich endlich einmal entschließen, dass es gesetzlich festgelegte Mietzinsobergrenzen, damit eben nicht die Mieten am privaten Wohnungsmarkt so ins Unendliche steigen. Ohne dem wird es nicht gehen und ich muss einfach noch einmal erinnern, ich hätte es sonst nicht getan, aber weil du selbst es angesprochen hast, es ist leider ein Kollege eurer Fraktion gewesen, der zehn Jahre lang ein einziges Grundstück angekauft hat für den kommunalen Wohnbau, für Gemeindewohnungen, wir haben erst seit 1998 sind wir wieder auf einem Weg, dass wir entsprechende Grundstücke und auch wieder da weiterkommen. Und es ist Hartnäckigkeit, das sage ich jetzt schon, auch meiner Fraktion, dass wir da überhaupt weitergekommen sind und das sage ich nicht ohne Stolz dazu (*Applaus KPÖ*).

***Bürgermeisterstellvertreterin Kahr übernimmt um 17.35 Uhr den Vorsitz.***

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther**: Ich mache auch nur ganz kurze Wortmeldung als Ergänzung, gar nicht zu diesem Gesetz, sondern zu dem Beitrag von Herrn Ehmman. Es geht darum, dass natürlich jetzt bei der Wohnbeihilfe nicht gespart werden soll, es wurde dann gesagt, dass auch beim Wohnbau einerseits nicht gespart werden soll, also an Barrierefreiheit zum Beispiel, aber dann wieder doch. Und da würde ich dem Herrn Ehmman vielleicht sagen, es gibt sehr interessante Führungen zum Wohnbau im roten Wien, sich das einmal anzuschauen, was damals in der Zwischenkriegszeit, die sicher keine leichte Zeit war, an qualitativen Standards gesetzt wurde mit dem sozialen Wohnbau, dem viele nachgefolgt sind. Und deswegen finde ich das entwürdigend, wenn gesagt wird, dass im sozialen Wohnbau jetzt dann vielleicht doch nicht Dreifach- sondern nur Zweifachverglasung und dann geht man noch ein bisschen weiter, weil das Nächste braucht man auch nicht, die brauchen halt dann keinen Holzboden, sondern da kann man auch einen Plastikboden reinlegen und dann sind wir wieder da, wo wir schon einmal waren, wo man dann sagt, naja also für Leute, die jetzt eh irgendwie nicht täglich arbeiten gehen, die brauchen eigentlich nicht so dringend eine Dusche. Also genau das, was die KPÖ an Verbesserungen im qualitativen Standard herbeigeführt hat, dass es nämlich qualitative gute Wohnungen gibt, die auch lange haltbar sind, die keinen hohen Abnutzungsgrad haben, so wie es im privaten Wohnbau häufig der Fall ist, das sollte eigentlich nicht aufgegeben werden (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Die Debatte war breit und ist auch tief in die Historie gegangen und ich habe jetzt gerade ein bisschen überlegt, ich spreche eigentlich immer vom geförderten Wohnbau. Meine persönliche Bezeichnung, und nicht sozialer Wohnbau, und jetzt habe ich selber für mich nachgedacht, warum? Auf Landesebene war die Sozialdemokratie für die Wohnbauförderung nie zuständig und auf Stadtebene haben wir es jetzt die vierte oder die fünfte Periode jetzt auch keine Zuständigkeit, das ist die

Zuständigkeit der KPÖ und es ist mir jetzt selber bewusst worden, dass ich, wenn da vom öffentlichen oder vom Gemeindewohnbau oder vom geförderten Wohnbau gesprochen habe, aber nicht vom sozialen Wohnbau und warum erwähne ich das? Ich blicke jetzt Richtung FPÖ, denn die FPÖ hat eine der gravierendsten Veränderungen meiner Meinung nach bei der Wohnbauförderung unter Landesrat Schmid gemacht, wo wir heute irrsinnig darunter leiden, dass ist die Veränderung der Rückzahlungen bei den Annuitäten, die uns jährlich Kopfzerbrechen machen bei mehreren tausenden Wohneinheiten und das ist ein großes Problem und ich glaube, ihr braucht euch da nicht herstellen und sagen, ok, es hat einmal 70 Millionen gegeben für die Wohnbeihilfe, für die Subjektförderung, ja, das ist richtig und jetzt sind es weniger, derzeit bleibt es gleich. Ich habe mir auch hier die Historie angeschaut. Über weite Strecken war es ein Abfedern, was im Bau nicht erreicht wurde und es war immer ein Hü und ein Hot, weil es das Anhängsel war in der Bauförderung, nicht in der Subjektförderung, das hat aberwitzige Ausmaße immer wieder einmal angenommen und die wurden korrigiert. Das war immer ein Vor und Zurück, das wissen wir und insofern bin ich jetzt einmal ganz froh, dass das von der Wohnbauförderung ausgegliedert wird und getrennt wird. Zur Frau Stadträtin Kahr, die Mietrechtsreform ist zwar nett, aber da brauchen wir die ÖVP dazu, das weißt du auch und was das Wohnen in Graz anbelangt, ich bin sehr froh, dass der Wohnungsbericht kommt, weil ich glaube, wir brauchen jetzt endlich einmal harte Fakten, wann, wieviel, was passiert ist, weil in Graz wissen wir im Endeffekt, dass es viel zu wenig öffentlicher Gemeindewohnbau ist. Die Verantwortung, und ich kenne deinen Satz, dass du den Wolfgang Riedler diese kurze Zeit, wo er Stadtrat war, immer die Schuldigkeit zuspielen willst, aber das geht nicht. Die Verantwortung für den Wohnbau hast du seit ewigen Zeiten oder deine Fraktion. Das, was jetzt auch noch positiv ist und ich möchte es jetzt gerne einmal sagen, was im Antrag noch drinnen ist, ich glaube, es kommt hier jetzt eine Trendwende mit hinein und es erreicht jetzt auch schön langsam viele Köpfe, dass man die Hardware, sprich das Gebäude und die Gebäudekosten, von der Software, sprich auch dann von der Erhaltung, klar trennen muss und gemeinsam, zum einen klar

trennen, aber dennoch gemeinsam betrachten muss. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Fortschritt. Ja, es wird Veränderungen geben durch das Wohnungsunterstützungsgesetz, ich kenne auch Familien, die jetzt eine Wohnunterstützung erhalten werden, die keine Wohnbeihilfe erhalten haben, weil die Wohnung nicht entsprochen hat. Und wir wissen, dass bei dem knappen Wohnraum die Kriterien für die Wohnbeihilfe in Graz auch Menschen, die wenig Einkommen hatten, gezwungen hat, sich anderen Wohnraum, der nicht förderbar ist, zu suchen. Das wisst ihr von der KPÖ auch, das müssen wir uns allen zugutehalten. Das Budget bleibt gleich, es kommt auf der einen Seite zu einer Ausweitung und wir wollen dort, wo es Veränderungen negativer Natur gibt, eine entsprechende Abfederung und das für Graz (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Kahr**: Bevor wir jetzt zur Abstimmung kommen, darf ich herzlich auf der Galerie Herrn Ernst Gödl, Vizepräsident des Bundesrates begrüßen (*allgemeiner Applaus*).

***Der Abänderungsantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.***

***Der Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ und Grüne) angenommen.***

***Der Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.45 Uhr den Vorsitz.***

## **6) Tierschutz versus Religionsfreiheit – ein politischer Diskurs**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher**: Hoher Gemeinderat, werte Gäste! Mein Antrag beschäftigt sich mit dem Thema Religionsfreiheit versus Tierschutz, Anlass ist der aktuelle Fall bei Ilz, das war letzte Woche in allen Zeitungen, wo 79 Schafe auf einer Wiese geschächtet wurden, 130 Tiere hätten es sein sollen. Glücklicherweise sind dann Tierärzte eingeschritten. Beim Schächten, wie wir alle wissen, wird den Tieren bei vollem Bewusstsein die Kehle durchgeschnitten und erst danach darf das Tier betäubt werden. Das ist absolut abzulehnen und mit keinem Tierschutzgedanken zu vereinbaren. Deshalb steht auch in unserem Tierschutzgesetz, dass beim Schlachten und Töten von Tieren jedes ungerechtfertigte Zufügen von Schmerzen, Leiden, Schäden oder schwerer Angst vermieden werden muss. Ausgenommen sind eben Notschlachtungen und das rituelle Schlachten.

Beim Schächten soll eben mit einem einzigen großen Schnitt der Hals geöffnet werden und die großen Arterien und die Luftröhre und damit soll das Tier sofort bewusstlos werden. Bei vollem Bewusstsein werden die Tiere aber in dafür vorgesehene Vorrichtungen gezwängt und fixiert, da kann man sich vorstellen, dass man schon bei der schweren Angst ist.

Aufgrund wissenschaftlicher Untersuchungen weiß man, dass tiefergelegene Gefäße im Nacken- und Rückenbereich durch den Schächtschnitt nicht getroffen werden und das Gehirn noch weiter versorgen und so die Tiere nicht immer sofort bewusstlos werden. Es ist grausame Folter, die in einer zivilisierten Gesellschaft in unseren Augen

absolut nichts mehr verloren hat. Das Schächten ist ja schon in einigen europäischen Ländern verboten. Deshalb haben auch unsere Kollegen im Landtag am Dienstag einen diesbezüglichen Antrag eingebracht, wo es tatsächlich zu einer sachlichen Diskussionsdebatte gekommen ist. Vor allem um die Problematik der unterschiedlichen Rechtsmaterien eben der Religionsfreiheit, die im Verfassungsrang steht und dem einfachen Tierschutzgesetz. Das heißt, das eine steht im Verfassungsrang, das andere ist ein einfaches Gesetz, meistens zack-bum-aus, Ende der Diskussion, das ist das Totschlagargument, so muss das aber nicht sein. Nichts ist in Stein gemeißelt und so sieht es offenbar auch der ÖVP-Landesrat Mag. Drexler, wenn ich ihn zitieren darf: „Man darf sich nie hinter bestehenden Normen verstecken. Aufgabe der Politik ist es, über künftige Normen zu reden und geltende Normen zu evaluieren.“ Er sagt weiter, dass es Aufgabe der Politik ist, eben den rechtlichen Status auch in Zukunft die Normen mitzugestalten. „Es ist unbestreitbar, dass die Religionsfreiheit und alle ihr innewohnenden Nebenrechte zum Grundkern dessen gehören, was eine aufgeklärte und moderne rechtsstaatliche Gesellschaft ausmachen.“ Er hält aber auch fest, dass bei allen Fragestellungen aller Grund- und Menschenrechtsdebatten es immer wieder zu Abwägungen kommen hat müssen, ob Rechtsmaterien sich gegenseitig ausschließen und dass diese Abwägungsfrage hier eben die Religionsfreiheit oder das Tierschutzgesetz vonstatten gehen muss.

Es ist eben auch eine Abwägungsfrage, ob religiöse Freiheit so weit gehen kann, andere Dinge, die die Rechtsordnung über Jahrzehnte oder Jahrhunderte geprägt hat und normiert hat, ob die Religionsfreiheit alles überstrahlen darf. Die Gesellschaft entwickelt sich weiter, man muss deshalb auch über die Weiterentwicklung solcher Rechtsgeflechte nachdenken und diskutieren dürfen. Mag. Drexler hat auch gesagt: „Aus meiner Sicht ist die Frage erlaubt, ob ein Schächtungsverbot mit dem verfassungsmäßig garantierten Grundsatz der Religionsfreiheit kollidiert. Die Diskussion darüber muss jedenfalls erlaubt sein“, so Landesrat Drexler.

Diesen Aussagen können wir uns vollinhaltlich anschließen, es wird jetzt auch im Land eine parlamentarische Enquete geben, die sich ausführlich mit diesem Thema befassen wird und deshalb stellen wir folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, an einem entsprechenden politischen Diskurs aktiv teilzunehmen. Herr Bürgermeister Mag. Nagl wird daher ersucht, diese Bereitschaft gegenüber seinem Parteikollegen Herrn Landesrat Mag. Drexler gegenüber entsprechend zu kommunizieren (*Applaus FPÖ*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.45 Uhr den Vorsitz.***

GR. Mag. **Fabisch** zur Dringlichkeit: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Astrid! Als Sohn eines ehemaligen Land- und Amtstierarztes und selbst staatlich geprüfter Trichinenbeschauer, du bist wahrscheinlich die Einzige herinnen, die mit dem Begriff was anfangen kann, so winzig sind diese Tierchen, kenne ich auch die Schlachthöfe von innen und auch ein wenig die Bedingungen, unter denen gearbeitet wird. Anlass für deinen dringlichen Antrag war ein illegales Schächten von über 70 Tieren auf dem Land. Dieser Fall ist, um in der Tiersprache zu bleiben, eine Riesenschweinerei, eine einzige Sauerei. Für mich unfassbar, bin aber überzeugt, dass die Verantwortlichen auch entsprechend bestraft werden. Nur ich fürchte, dieser Fall wäre sowieso passiert, auch wenn das Schächten verboten wäre, weil es war ja ein illegaler Vorgang. Schließlich verlangt das Gesetz eigene zugelassene Schlachtanlagen für das Schächten, die Anwesenheit eines Tierarztes, erfahrenes Personal und anschließende Betäubung. Vielleicht könnte man das mit der Betäubung vorziehen so wie in Indonesien, im islamischen Land, das wäre mir persönlich auch sehr

sympathisch, aber grundsätzlich sind unsere österreichischen Gesetze in diesem Punkt nicht schlecht, sie müssen nur korrekt von allen eingehalten werden. Grundannahme deines Antrages lautet, Schächten sei Tierquälerei, das Leid der Tiere wäre ein deutlich höheres als bei den üblichen gewohnten Schlachtmethoden. Aber um dies zu beurteilen, brauchen wir keine Politiker, sondern dafür braucht es eine sehr kompetente Berufsgruppe und das sind einmal unsere Tierärzte. Kein Tierarzt in Österreich akzeptiert sinnloses Tierleid, das wäre völlig gegen die Berufsehre. Sollte eines Tages also ein klares Gutachten der Tierärzteschaft feststellen, dass auch fachmännisches Schächten Schmerz und Leid der Tiere erhöhen, wäre diese Tatsache durch keine Religion und Religionsfreiheit zu rechtfertigen. Mir ist aber eine diesbezügliche Stellungnahme der Tierärzte bis dato nicht bekannt. Leider wurden auch bei ortsüblichen Schlachthäusern in der Steiermark die Vorschriften nicht immer eingehalten, ich rede jetzt nicht von Schächtungen, sondern von ortsüblichen Schlachthäusern. Ist natürlich auch eine Folge des Arbeits- und Zeitdrucks für die Mitarbeiter. In Frankreich sind, so der heutige Standard, unerträgliche Bilder von französischen Schlachthöfen aufgetaucht. Das französische Parlament überlegt sich nun Gegenmaßnahmen bis hin zur Videoüberwachung zentraler Stellen im Schlachthof. Von 259 französischen Schlachthöfen wurden drei geschlossen, 31 % erhielten eine Aufforderung zur Mängelbehebung. Auch in der Steiermark sind, dank des Vereines gegen Tierfabriken, vor einem Jahr gravierende Missstände aufgezeigt worden. Ich hoffe, sie wurden inzwischen behoben und um diese aktuelle Situation aber auch in Graz dokumentieren zu lassen, komme ich nun zu unserem Abänderungsantrag und ich darf ihn gleich vorlesen, der ist nicht lange: Der für das Veterinäramt zuständige Stadtrat Mag. Mario Eustacchio wird damit beauftragt, dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im Dezember einen Bericht darüber vorzulegen, inwieweit die gesetzlichen Bestimmungen, die das Tierleid vor und bei Schlachtungen minimieren sollen, in allen Schlachtbetrieben in Graz eingehalten werden. In allen Schlachtbetrieben, solche und solche. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pacanda:** Ich möchte mich gleich direkt an Kollegen Fabisch anhängen, wo er nämlich gesagt hat, dass es halt nicht nur allein politisch diskutiert werden sollte und dementsprechend, sollte euer Abänderungsantrag keine Mehrheit finden, haben wir einen Zusatzantrag zum ursprünglichen Antrag gemacht, den ich auch kurz erklären mag. Also wie ich gesagt habe sind wir der Meinung, dass es nicht rein nur politisch diskutiert werden soll, sondern es soll auch in der gesamten Tierzucht, wenn schon diskutiert wird, also von Aufzucht, Haltung über Transport hin bis zur Schlachtung kritisch und dann dementsprechend in diesen Diskurs, der hier vorgeschlagen wurde eben mit VertreterInnen von Religionsgemeinschaften, finden wir ganz wichtig, dass die in diesen Prozess hier eingebunden werden und eben Tierschutzorganisationen, weil die dementsprechend auch dann für die Tiere da die Position einnehmen und dementsprechend würden wir dann im Anschluss diesen Zusatzantrag stellen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Katholnig:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich können wir der Dringlichkeit zustimmen und auch eurem Antrag. Trotzdem kann ich es mir nicht ganz verkneifen, das irgendso wieder mit religiösen Hintergrund zu sehen, weil ich glaube nicht, dass auf einem Nebenerwerbsbauernhof bei jedem Hendl, das abgestochen wird oder jeder Hase, der abgestochen wird, ein Amtstierarzt dort ist und da passiert auch einiges und ich habe oft schon gesagt, wenn ich ein Tier töten müsste, würde ich Vegetarier werden, ich könnte es nicht. Wie angeführt, in manchen Schlachthöfen, auch wo ein Amtstierarzt dort ist, was da alles schon passiert ist, ist auch widerlich bis dort hinaus, also ganz verstehe ich den Antrag nicht, es müsste generell eben auf Tiere, tierwürdig müsste geschlachtet werden oder wie auch immer. Es müssen Regeln da sein, es darf nicht jeder tun, wie er will und was ich nicht ganz

verstehe, das ist in Ilz passiert, wir wohnen in Graz, natürlich müssen wir auf Graz auch schauen, in Graz darf so etwas auch nicht passieren, aber dem Inhalt können wir nicht ganz zustimmen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Es hat sehr lange gedauert, bis Tierschutz als Staatsziel in unserer Bundesverfassung verankert wurde. Tierschutz bedeutet nach § 1 Tierschutzgesetz den Schutz des Lebens und Wohlbefindens des Tieres als Mitgeschöpf der Menschen. Jegliches Töten von Tieren, das dem Tier extremen Stress verursacht, ist für uns Grüne Tierquälerei, dazu gehört Schächten, dazu gehört aber auch die alltägliche Praxis in den Schlachthöfen. Der Verein gegen Tierfabriken ist ja da sehr aktiv, hat auch öfter schon demonstriert vor dem Schlachthof in Graz, der ja, ich glaube, bekannterweise der größte Schlachthof Österreichs ist. Es gibt auch eine Petition zu einer Verschärfung der Schlachtverordnung, die über 12.000 Menschen unterschrieben haben, ich möchte das hier bekanntmachen, vielleicht möchte die eine oder der andere diese Petition auch unterstützen. Uns ist sehr wohl klar, worauf dieser dringliche Antrag auch abzielt, dass es da nicht nur um Tierschutz geht, wir werden trotzdem der Dringlichkeit und dem Inhalt des dringlichen Antrages von dir, Astrid, zustimmen. Wir werden auch dem Zusatzantrag von Philip Pacanda zustimmen und was den Abänderungsantrag der KPÖ betrifft, haben wir im Vorfeld gesprochen, weil wir gerne hätten, dass daraus ein Zusatzantrag wird. Wir glauben nämlich, dass diese breite Debatte auch auf Landesebene sehr wichtig ist und wir möchten das nicht verengen und sozusagen jetzt nur die städtische Seite dessen anschauen, das war leider nicht möglich, dass das geändert wird und daher werden wir dem Abänderungsantrag der KPÖ nicht zustimmen (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher**: Dass es woanders Missstände gibt, das ist wohl evident, das können wir überall nachlesen, ob das jetzt in Frankreich oder auch bei uns in Graz im Schlachthof ist, aber es rechtfertigt ja nicht, dass das Schächten einfach tierschutzrechtlich bedenklich ist. Der Unterschied ist, dass wir das ... erlauben beim Schächten, das heißt, dem Tier wird bei vollem Bewusstsein der Hals aufgeschnitten, danach ist die Betäubung erlaubt. Unsere Tiere im Schlachthof werden zuerst betäubt und dann beginnt der Schlachtvorgang, das ist ein gewaltiger Unterschied. Ich weiß nicht, was es daran nicht zu verstehen gibt. Dass natürlich die Bedingungen auf den Schlachthöfen oder Massentierhaltung oder Tiertransporte, über das haben wir da herinnen eh schon gesprochen, dass das nicht optimal ist, das liegt eh auf der Hand, deshalb fordern wir ja auch Videoüberwachung in Schlachthöfen oder Förderung mobiler Schlachthöfe. Dem Abänderungsantrag können wir demnach nicht zustimmen, es ist ja auch nicht im eigenen Wirkungsbereich vom Herrn Stadtrat und dem Zusatzantrag der Piratenpartei stimmen wir auch nicht zu (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

***Der Abänderungsantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.***

*Der Zusatzantrag der Piratenpartei wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.*

## **7) Umsetzung des Bio-Impulszentrums Alt-Grottenhof**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher**: Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Umsetzung eines Bio-Impulszentrums am Areal Alt-Grottenhof. Regionalität ist ein ganz wichtiger Wert für eine Gesellschaft und nur kleinstrukturierte Landwirtschaften wie kleine Familienbetriebe können so eine hohe Qualität am besten in bio liefern. Leider wissen wir ja, wie die EU fördert und dass Fläche wichtig ist, da haben die kleinen Landwirtschaften und die kleinen Betriebe einfach ein Nachsehen. Umso wichtiger ist es, auf kommunaler Ebene alles daran zu setzen, dass Regionalität gefördert wird und erhalten bleibt. Dank engagierter Vereine, wie die Bio-Ernte Steiermark, das ist einfach ein Zusammenschluss von steirischen Bio-Bauern, die Ziele verfolgen wie Ökologisierung der Landwirtschaft, Steigerung der Bodenfruchtbarkeit, Versorgung der Bevölkerung, also somit auch von uns, mit gesunden und gentechnikfreien Lebensmitteln und natürlich für eine faire Preisgestaltung für hochwertige Lebensmittel. Und diese haben gemeinsam mit der Landwirtschaftsschule Alt-Grottenhof ein tolles Projekt geboren, nämlich das Bio-Impulszentrum. Hier soll biologische Landwirtschaft von allen Besuchern mit allen Sinnen erlebt und vor allem auch gelebt werden können. So ein Zentrum soll zentrale Anlaufstelle für die Biobauern sein, die modernen Ausbildungsstätten, und soll aber auch Erholungs- und Erlebnisangebot für die Grazer bieten. Mit so einem Impuls-Zentrum kann der Verkauf von Bioprodukten, die Vermarktung und auch die wichtige Forschung und Innovation

in diesem Bereich auf gemeinsame professionelle Füße gestellt werden. Bereits im Jahr 2012 hat die Bio-Ernte Steiermark mit der Stadt Graz Kontakt aufgenommen, genauso mit dem Land und dem zuständigen Landesrat. Es hat zum Projekt sogar einen Architektenwettbewerb gegeben, der einen Sieger hervorgebracht hat. Es folgten im Laufe der Jahre immer wieder Investitionszusagen. Dabei trifft es in Zeiten des Klimawandels wirklich den Nerv der Zeit, auf regionale Produkte zurückzugreifen und natürlich ein weiterer ganz wichtiger Aspekt ist der Tierschutz. Der Gemeinderat hatte hier im Jahr 2013 klar zum dringlichen Antrag „Stoppt das Tierleid“ sich bekannt einstimmig und gemeinsam gegen Massentiertransporte ausgesprochen. Aber nicht nur das, sondern wir haben auch uns dazu bekannt, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln selber gegen diese Massentiertransporte vorzugehen, und zwar im Bio-Impulszentrum wäre eben ein kleiner Mosaikstein dafür. Junge Menschen als zukünftige Konsumenten zu sensibilisieren, dass eben nicht nur Schüler der Landwirtschaftsschule hautnah erfahren können, wie sich Nutztiere unter optimalen Haltungsbedingungen und mit gesundem Futter entwickeln können oder dass nicht nur Schüler der Landwirtschaftsschule sehen, wie der Weg verläuft vom Getreide bis zum Brot oder vom Schwein bis zum Schinken. Und natürlich auch, welche Verantwortung damit einhergeht. Das ist eben sehr wichtig, wenn wir nicht wollen, dass die jungen Leute dann im Supermarkt das Billigfleisch mit einem Kilopreis von 2,99 Euro kaufen. Leider fehlt es für so ein Zentrum an Räumlichkeiten, es mangelt an einem, für die geschätzten 10.000 damals in diesem Projekt jährlichen Besucher, an einem Besucherzentrum und es benötigt professionell ausgebildete Fachkräfte, die die Schüler und Schulklassen im Rahmen von lehrreichen Führungen vor Ort betreuen können. Zusammengefasst fehlt es trotz des beachteten Eigenkapitals von der Bio-Ernte Steiermark immer noch an finanziellen Mitteln, um das Projekt zu realisieren. Der Antragstext liegt eh vor (*Applaus FPÖ*).

GR. **Pogner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Astrid! Die Idee des Bio-Zentrums ist eine sehr gute Idee und das sollte man durchaus verfolgen. Wenn ich mich richtig erinnere, bei den Budgetverhandlungen zu Beginn dieser Periode wollten wir 400.000 Euro für dieses Projekt ins Budget hineinschreiben und es war genau deine Fraktion, die sich da quergelegt hat und gesagt hat, nein, für das Bio-Zentrum brauchen wir das eigentlich nicht. Also das ist etwas eigenartig, dann herzugehen und zu sagen, warum ist das noch nicht gemacht worden. Aber ganz unabhängig davon muss man einmal festhalten, es ist eine Geschichte des Landes und der Herr Landesrat Seitinger hat uns auch bestätigt, dass das Bio-Zentrum noch bei weitem nicht gestorben ist und noch nicht ad acta gelegt ist, sondern ganz im Gegenteil, es wird ordentlich aufgearbeitet und es wird ordentlich vorbereitet und auch aufgrund der Ressortveränderungen, die sich im Land ergeben haben, wird das neu aufgesetzt und neu durchgedacht und wird dann auf Schiene gebracht. Also das heißt, es wird kommen, es dauert ein bisschen eine Zeit, man soll ja keinen Schnellschuss machen, sondern man soll es vernünftig durchdiskutieren und noch einmal, wie gesagt, es ist Sache des Landes und wenn das Land das nicht macht oder noch nicht gemacht hat, dann können wir da eigentlich nur unseren Willen kundtun und sagen, ja wir hätten es gerne, das haben wir übrigens auch, wie gesagt, bei den letzten Budgetverhandlungen gemacht und warten darauf, dass das Land zur Umsetzung kommt, dann werden wir natürlich gerne bereit sein, da mitzugehen und mitzumachen. Ein Bio-Zentrum ist immer eine tolle Sache, aber derzeit ist es absolut nicht dringlich und daher werden wir nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher**: Darum ist es ja im Antrag auch gegangen im Punkt zwei, dass wir als Stadt Graz an das Land herantreten. Es sind eben Wahlen gewesen, die Karten sind neu gemischt und für so ein Bio-Impulszentrum, das absolut wichtig ist, auch einen Mehrwert hat für die Stadt Graz, an das Land heranzutreten. Ich war jetzt auch die letzten Jahre immer laufend mit dem Geschäftsführer der Bio-Ernte im telefonischen Kontakt, habe am Anfang der Woche auch mit dem Direktor der Landwirtschaftsschule gesprochen und der wusste noch nichts davon, dass das Projekt nicht gestorben ist und alles auf Schiene ist. Aber das freut mich natürlich (*Applaus FPÖ*).

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

*Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 18.10 Uhr den Vorsitz.*

#### **8) Grazer Grüngürtel in Gefahr – Petition für eine Beibehaltung der derzeitigen Bestimmungen zum Schutz von Waldflächen im Bundesforstgesetz**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Liebe KollegInnen, lieber Gerhard, liebe Gäste! In meinem dringlichen Antrag geht es um eine Petition für eine Beibehaltung der derzeitigen Bestimmungen zum Schutz von Waldflächen im Bundesforstgesetz. Der Hintergrund ist, dass es auf Bundesebene derzeit Bemühungen gibt, Verwaltungswege zu vereinfachen, das ist das sogenannte Deregulierungspaket des Bundesministeriums

für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und im Bereich des Forstrechts hätten diese Änderungen massive negative Auswirkungen auf unseren Grüngürtel und zwar in drei Punkten. Der erste Punkt ist, dass die Untergrenze für das Vorliegen der Waldeigenschaft von 1.000 m<sup>2</sup> auf 5.000 m<sup>2</sup> angehoben werden würde. Das bedeutet gerade in Graz, wo wir öfter Waldvorstellungsverfahren haben, ich erinnere nur zum Beispiel an die Panoramagasse, wo es uns letztlich gelungen ist, diese Fläche zu erhalten. Also sogenannte Inselwälder, also bei 5.000 m<sup>2</sup> würde es dann schon schwierig werden und wir hätten dann keine Möglichkeit durchzusetzen, dass es eben zu einer Wiederaufforstung kommt. Was die bewilligungspflichtigen Rodungen betrifft, sollen die Flächen von 1.000 m<sup>2</sup> auf 3.000 m<sup>2</sup> angehoben werden, das heißt, es würde in Zukunft ein reines Anzeigeverfahren sein, wo ein Verwaltungsbeamter das Verfahren durchführt, es würde niemand von unseren Förstern mehr rausfahren, sich das anschauen. Und ich kann nur aus persönlicher Erfahrung sagen, wenn im Grazer Grüngürtel, und das wissen sicher die Umweltsprecherinnen und Umweltsprecher der anderen Parteien auch, wenn im Grazer Grüngürtel eine Fläche von 1.000 m<sup>2</sup>, wenn dort gefällt wird, dann fällt das auf und es ist wirklich eine Riesenaufregung unter den Leuten, die dort spazieren gehen beziehungsweise in der Umgebung wohnen. Und der dritte Punkt ist der Entfall der Staatsprüfungen für den höheren Forstdienst, da geht es einfach um die Aufrechterhaltung eines bestimmten Ausbildungsniveaus und es ist so, dass auch der Steiermärkische Forstverein sich dafür ausspricht, dass diese Staatsprüfung weiterhin durchgeführt wird.

Der Grazer Grüngürtel umfasst 98 Prozent des gesamten städtischen Waldes, er ist wichtig für unser Kleinklima, für den Luftaustausch, er umgibt die Stadt im Westen mit dem Plabutsch und dem Buchkogel und im Norden und Osten mit dem Grazer Hügelland. Mit einer Fläche von fast sieben Hektar bedeckt er mehr als die Hälfte des gesamten Stadtgebietes. Der Grüngürtel unterliegt eben nicht der Grazer Baumschutzverordnung, sondern dem Forstgesetz.

Wir haben jetzt einfach die Sorge und die habe nicht nur ich, sondern die haben auch die Förster, die für die Stadt Graz tätig sind, dass in Zukunft großflächige Fällungen und Rodungen im Grazer Grüngürtel möglich sein würden, dass die städtischen Waldflächen massiv gefährdet sind und deshalb ist es auch der Anlass für mich, diesen dringlichen Antrag zu stellen, weil wir einfach nicht zulassen können, dass bundesrechtliche Bestimmungen unsere Bestrebungen zur Verbesserung des Stadtklimas untergraben.

Daher stelle ich seitens der Grünen - ALG folgenden

### **dringlichen Antrag:**

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zum konsequenten Schutz des Grazer Grüngürtels und weist in diesem Zusammenhang auf die massiven negativen Auswirkungen der im Rahmen des „Deregulierungspakets“ geplanten Änderungen des Bundesforstgesetzes speziell auf städtische Wälder hin.
2. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, an Bundesminister Andrä Rupprechter mit dem dringlichen Ersuchen heranzutreten,
  - a.) städtische Wälder von den geplanten Änderungen im Bundesforstgesetz auszunehmen,
  - b.) sollte auf Bundesebene an den vorgeschlagenen Änderungen, wie im Forstgesetz derzeit vorgesehen, festgehalten werden, zumindest die Landesregierungen per Verordnung zu ermächtigen, Zonierungen für die Mindestgrößen der Rodungen erlassen zu können
  - c.) sowie den Entfall der Staatsprüfungen für den höheren Forstdienst zurückzunehmen.

Ich bitte um Annahme diesen dringlichen Antrages (*Applaus Grüne*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

**9) Bekenntnis zur Verbesserung der FußgängerInnen-Sicherheit und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für FußgängerInnen**

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag ist euch zugegangen, ich will den doch recht ausführlichen Motiventext nur ganz kurz streifen, vielleicht noch ein paar Beispiele bringen. Beziehen tue ich mich auf die Beschlüsse, die wir im Rahmen der Mobilitätskonzept 2020, Ziele/Maßnahmen beziehungsweise verkehrspolitischen Leitlinien, aber auch natürlich des Stadtentwicklungskonzeptes 4.0 schon beschlossen haben, die zum Ziel hat, dass man dementsprechende Maßnahmen setzt, um den Autoverkehr etwas zu reduzieren, deutlich zu reduzieren. Die Tabelle ist ja auch beigelegt. Rad- und ÖV-Anteile auszubauen und den leider seit vielen, vielen Jahren stetig sinkenden Zu-Fuß-Geher-, FußgängerInnen-Anteil zu stabilisieren auf etwa 19%. Wenn ich durch die Stadt mich bewege, bin ich irgendwann, glaube ich, ob ich mit dem Auto unterwegs bin, was ich nicht so oft tue, ob ich mit dem Rad unterwegs bin oder mit dem ÖV, was ich meistens tue, bin ich ja dann auch sehr oft irgendwann ein Teil des Weges Fußgänger, Fußgängerin und da gibt es dann immer wieder große Problemzonen und Konflikte, dass man unsichere Übergangssituationen hat, dass es Situationen gibt, wo Übergänge abgeschafft werden, zuletzt jetzt im Sommer sehr überraschend im Bereich des Lendkai, wo aus dem Wohngebiet heraus von der Grünen Gasse – Zeilergasse – Neubaugasse bis zum Murraum, dem westlichen Murraum kommen könnte und dort natürlich auch spazieren gehen kann, zu Fuß gehen kann,

laufen kann, Fahrrad fahren kann, da ist dieser Übergang einfach aus sogenannten Sicherheitsgründen abgeschafft worden, der für Menschen dann oft der schnellste Weg war, ein bisschen ins Grüne zu kommen. Wer die Situation dort kennt zwischen Floßlend- und Keplerstraßen-Höhe, zirka in der Mitte, der weiß, dass es dort keine anderen Durchwegungsmöglichkeiten gibt, weil eben eine dementsprechende Blockade zum Murradweg beziehungsweise Spazierweg da ist und die Leute im eigentlichen Wohnbereich, allgemeines Wohngebiet usw., wo auch sehr viel neu gebaut wird, dementsprechend sonst keinen anderen alternativen Grünraum entsprechender Qualität zur Verfügung haben.

Das nächste wäre der Volksgarten oder Ähnliches oder Fröbelpark. Ähnliches im Sinne von Nichtumsetzung, die Ingrid Heuberger hat heute schon in Bezug auf Liebenau was gesagt, wir haben am Montag in Mariatrost in Fölling einen Termin gehabt, wo wir mit mehr als 60 Menschen, die Fußball spielen, vor allem Kinder und Jugendliche, deren Trainern, deren Eltern über eine Sache geredet haben, wo der Bezirksrat schon einen einstimmigen Beschluss herbeigeführt hat. Es geht einfach darum, da ist ein großer Sportverein, der viel Jugendarbeit macht, das ist schon sehr am Stadtrand. Die Geschwindigkeiten dementsprechend hoch in der Mariatroster Straße, die Bushaltestelle ist in einem Fall auf der Seite des Sportvereines, im anderen Fall natürlich auf der anderen Seite. Und wir wissen alle, was die Effekte sind. Man führt die Kinder, optimalerweise wird es eine Fahrgemeinschaft, weniger optimal ist, dass dann für 60 Kinder und Jugendliche fast 60 Autofahrten mal zwei stattfinden unter Umständen.

Und dann gibt es natürlich auch Situation, wo es Unsicherheiten gibt, dann gibt es Situationen also bei Übergängen, Übergangshilfen und Schutzwegen, dann gibt es Situationen, wo Gehsteige fehlen usw. Es gibt dann ja auch noch zwei Zusatzanträge, die dahingehend auch ich sehr unterstützend sehe zu meinem dringlichen Antrag. Ich möchte gar nicht weiter noch ausführen. Wir kennen die Situationen alle, wir werden angerufen in diesen Angelegenheiten, Menschen kommen auf uns zu,

BezirksvertreterInnen kommen auf uns zu, das ist quasi ein wöchentliches Geschäft, das wir da machen müssen.

In diesem Sinne ersuche ich um Unterstützung für folgenden dreipunktigen

### **dringlichen Antrag:**

1. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt bekennt sich zur permanenten Verbesserung der FußgängerInnen-Sicherheit im Sinne der Beschlüsse der 'Verkehrspolitischen Leitlinien 2020', des 'Mobilitätskonzept - Ziele' und des 'Mobilitätskonzept - Maßnahmen' sowie zur Erreichung der Stabilisierung des Fußwege-Anteils auf dem derzeitigen Niveau,
2. der Gemeinderat der Landeshauptstadt beauftragt den zuständigen Stadtsenatsreferenten Mag. Mario Eustacchio sowie die ihm zugeordneten Abteilungen, die Abteilung für Verkehrsplanung und das Straßenamt im Speziellen, zur Erarbeitung
  - A) eines städtischen Leitfadens zur Prüfung neuer Schutzweg- und Übergangseinrichtungen sowie
  - B) eines Maßnahmenkatalogs, in dem die dringlichsten Defizite an FußgängerInnen-Übergängen und Schutzwegeinrichtungen festgeschrieben werden sollen und in dem der Umsetzungshorizont, gereiht nach Dringlichkeit, darzustellen ist. Leitfaden und Maßnahmenkatalog sind dem Gemeinderat bis Februar 2017 zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Schließlich möge die Implementierung einer oder eines FußgängerInnen-Bbeauftragten nach dem Vorbild des Grazer Fahrradbeauftragten beziehungsweise wie es die Stadt Wien jetzt schon handhabt, geprüft werden.

Vielen Dank, ich ersuche um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> **Katholnig** zur Dringlichkeit: Dank, Karl Dreisiebner. Wir stimmen der Dringlichkeit zu, können aber beim Inhalt der Fußgängerbeauftragten oder dem Fußgängerbeauftragten nicht ganz zustimmen. Ich glaube, es gibt schon zu viele Beauftragte, wir müssten das einmal eindämmen, es kann wirklich nicht sein, dass es schon für alle Problemlagen Beauftragte gibt. Aber den ersten drei Punkten stimmen wir zu. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Pacanda**: Danke, Karl, für den Antrag. Ich finde allerdings den Fußgängerbeauftragten gut, der können mit dem Radfahrbeauftragten gleich einmal sprechen und deswegen auch noch folgenden Zusatzantrag, weil der eine oder andere kennt es in Graz, es gibt gewisse Flächen, die sich Radfahrer und Fußgänger teilen, zum Beispiel die Annenstraße, die recht unersichtlich ist, wo fängt Radweg an, wo hört Fußweg auf oder auch die Leonhardstraße, wo die Markierungen schon überhaupt nicht mehr ersichtlich sind. Deswegen kommt es zu relativ gefährlichen Situationen, muss man natürlich ein bisschen besser aufeinander aufpassen und deswegen wäre es im Rahmen deiner guten Idee möglich, auch diese komplexe Geschichte zwischen Radfahrern und Fußgängern ein wenig zu betrachten, dementsprechend kündige ich auch schon meinen Zusatzantrag an, unterstützen natürlich deinen Antrag in Inhalt und Dringlichkeit: Im Rahmen des Maßnahmenkatalogs sollen ergänzend auch die dringendsten Defizite der Verkehrsflächen, die sich FußgängerInnen und Radfahrer teilen, behandelt werden. Dankeschön.

GR. **Haberler**, MBA: Ja, das Thema ist für uns dringlich. Warum ist es dringlich? Wir haben in zahlreichen Bezirksratssitzungen immer wieder Anträge, wo einfach ein Defizit an Gehwegen ist und an Fußgängerüberquerungen und deswegen gibt es auch

einen Zusatzantrag von der Ingrid Heuberger von unserer Seite. Wir haben, du hast es angesprochen, Karl, die Bushaltestelle in der Mariatroster Straße beim Sportverein. Ich kann mich noch erinnern, wie das Park-&-Ride-Zentrum einen Bus bekommen hat, da ist vom Bezirksrat ÖVP eingebracht worden ein Antrag im Bezirksrat, dass die Linie rausfahren soll bis zum Sportplatz, damit diese Kinder einen direkten Anschluss haben und die sollten um die Tankstelle herum wenden. Das wurde damals leider von der Lisa Rücker abgelehnt und trotzdem ist es eine gute Idee (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Stadtrat, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, lieber Karl! Die Wunschkonzerne werden an dich herangetragen, an Sie, an mich herangetragen, wir unterliegen aber, so sehr wir es teilweise wollen und dann auch wieder nicht, Richtlinien, Gesetzen und es gibt die Straßenverkehrsordnung und es gibt die sogenannte RVS, Richtlinien für Verkehr und Sicherheit, die uns ganz genau vorgeben, was wir tun können und was wir nicht tun können. Und ich verstehe Sie schon, dass viele, vor allem auch Eltern, an Sie herantreten, ich kriege ja täglich mehrere E-Mails zu diesen Themenstellungen, wie auch das Straßenamt und das Amt für Verkehrsplanung. Aber es ist eben rechtlich nicht umsetzbar, was oft gewünscht wird und du weißt das, glaube ich, eigentlich sehr gut und ich verstehe schon, dass man halt in der Politik ein bisschen Polemik betreibt und das ist ja auch das Recht und vor allem auch hier herinnen, wo man dann auch über Dinge streiten kann und unterschiedlicher Meinung sein kann, wie wir das sind. Aber, und jetzt kommt mein Aber, unsere Ämter und ich wiederhole mich, das Straßenamt und das Amt für Verkehrsplanung, gehen hier den vorgeschriebenen Weg, wie es für Ämter eben notwendig und wichtig ist und damit auch ihrer Verpflichtung nachkommen. Und Schutzwege und Querungshilfen werden nicht aufgelöst oder installiert, weil sich das irgendwer einfallen lassen hat, sondern da gibt es ganz genaue Vorschriften, da gibt es Vorschriften, dass in einer 50er-Zone der 30er nur verordnet werden kann, wenn sich

dort eine Schule befindet, eine Volksschule oder ein Seniorenheim und sonst geht es nicht. Und, wenn man einen Fußgängerübergang haben möchte, dann meldet man sich zum Beispiel beim Straßenamt oder bei mir, dann gebe ich es weiter und sagt, dort ist eine Menge an Kindern, die dort drüber gehen müssen und dann lassen wir das prüfen und wir lassen es prüfen und erst ab einer gewissen Menge ist es möglich, diesen Fußgängerübergang einzuräumen und das macht keinen Sinn, wenn wir hier Beschlüsse fassen und wieder einmal die Ämter mit irgendetwas beauftragen, was sie ohnehin machen. Das ist etwas, was mich so besonders stört. Hier wird so getan, als ob die Ämter ihren Aufgaben nicht gerecht werden. Meine Damen und Herren, die machen das sehr sorgfältig. Wir haben jede Woche am Freitag eine Gruppe aus Verkehrsplanung, Straßenamt, Polizei und Kuratorium für Verkehrssicherheit, die sich alle diese Themen anschauen, die sich die Unfallzahlen anschauen und aufgrund der Unfallzahlen schauen, was ist dort zu tun, was können wir tun, können wir rechtlich was verordnen, können wir baulich etwas machen etc. Und ich bitte Sie hier, patzen Sie mich an als Politiker, das geht, aber lassen Sie mir bitte die Beamten und Fachkundigen in Ruhe, die machen ihren Job und diesen toll und lassen Sie das bitte bleiben. Sie machen es toll, wenn Sie ein Anliegen haben, schicken Sie es dem Amt, schicken Sie es mir, ich gebe es gerne weiter, wir prüfen und Sie kriegen, und das wissen Sie, in kürzester Zeit eine Antwort, geht etwas oder geht es nicht und ich weiß, das wird heute wieder durchgehen, es wird sich nichts verändern, weil sie können gar nicht anders die Damen und Herren aus diesen Ämtern, sie können nicht anders und das soll auch so sein. Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner:** Ganz kurz zum Herrn Verkehrsstadtrat. Wenn ich mir das anhöre, Vorschrift ist Vorschrift, dann mag ich das einfach nicht zur Kenntnis nehmen, weil dann brauchen wir uns nicht zusammensetzen in Gemeinderatssitzungen, in Ausschusssitzungen und wir brauchen auch nicht mit den BürgerInnen reden. Indirekt

war die Aufforderungen eh da, alles weitergeben, wir machen das dann und dann wird es eh abgelehnt oder was auch immer. Du kannst aus meiner Sicht den Menschen nicht erklären, hier gibt es nicht diese besonderen Unfallzahlen, das Unsicherheitsgefühl oder die mangelnde Sicherheit, dass mein Kind dort gut gehen kann oder das mangelnde Gefühl, dass ich gut über die Straße komme, weil ich 70 oder 80 Jahre alt bin oder was auch immer, das kann ich nicht mit Unfallzahlen begründen, das kann ich nicht mit Frequenzzählung begründen und wenn ich in einem Ortsgebiet lebe, das sich Landeshauptstadt nennt, dann muss es bitteschön möglich sein und niemand patzt irgendeinen Beamten an, wenn das so angekommen ist, dass ich eine Beamtin oder einen Beamten angepatzt hätte und die Arbeitsqualität in Zweifel gezogen hätte, dann möchte ich es hier, für das Protokoll, zurückweisen, das habe ich nicht getan und jedenfalls auch nicht gewollt. Aber so kann man den Menschen, glaube ich, nicht antworten, weil das Kuratorium für Verkehrssicherheit usw. und RFS und StVO, das kann nicht des Rätsels Lösung sein, wenn wir eine Gesetzesgrundlage haben, die eine Interpretationsmöglichkeit zulässt und nichts anderes ist bei der StVO der Fall, dass ich den Leuten einfach sage, nein wir legen es so aus und zwar von der politischen Seite so sage. Ich meine den politischen Referenten, wenn ich den Antrag stelle und nicht die Beamtin und nicht den Beamten, der politische Referent ist der, der im Grund die Richtung vorgibt natürlich im Rahmen von Gesetzen, aber diese sind interpretierbar und da gibt es eine gewisse Balance beziehungsweise Interpretationsbreite, die ich ausnutzen kann so oder so. Zur SPÖ nur ganz kurz, ich glaube, dass eine Anlaufstelle für diese Menschen, die sich glaubhaft für die Interessen einsetzt, für die vielen Grazerinnen und Grazer, die da Rat suchen im Sinne einer FußgängerInnenbeauftragten, aber zum Beispiel auch aufgrund der vielen Bezirksratsbeschlüsse sehr, sehr gut wäre. Es ist, glaube ich, auch nicht so schlecht die Erfahrung, dass der Fahrradbeauftragte zum Beispiel bei relevanten straßenrechtlichen Verhandlungen dabei ist, das würde dann nämlich eine solche fußgängerInnenbeauftragte Person ja hoffentlich auch sein und das ist, glaube ich, nicht das Schlechteste, wenn jemand, der wirklich auf eine Sache schaut, sich da auch

dafür einsetzt. Aber es ist nicht der wichtigste Punkt meines Antrages, das gestehe ich der sozialdemokratischen Fraktion zu. Danke (*Applaus Grüne*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

GR.<sup>in</sup> **Heuberger** zum Antrag: Geschätztes vorsitzendes Team, das noch da ist, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, meine Kollegen! Zum einen sage ich einmal zum Karl Dreisiebner ein großes Danke, dass er diesen Antrag gestellt hat und auch ein Danke für diese Zustimmung in der Dringlichkeit. Und ich meine, ich kann dich, Herr Stadtrat, sehr gut verstehen, was du da ausgeführt hast und ich teile diese Meinung mit dir, dass die Beamten großartig arbeiten. Das weiß ich selbst aus meiner Bezirkstätigkeit noch, aber ich weiß auch aus der Bezirkstätigkeit, wie mühsam es ist, wirklich brisante Dinge so an die Beamten zu bringen oder auch an unsere Kolleginnen und Kollegen, dass das wahrgenommen wird, was im Kleinbereich passiert. Da geht es jetzt nicht um irgendwelche großen neuen Straßen oder um irgendwelche Großprojekte, sondern es geht um Stücke, wo man überhaupt teilweise nicht gehen kann, da fehlen Gehwege, Gehsteige, da können Kinder nicht zur Schule gehen und diese ständigen Wiederholungen, wir sollten doch über die Medien ausgerichtet verstärkt die öffentlichen Verkehrsmittel verwenden oder die Kinder gehen zuwenig zu Fuß, die sind manchmal eine Farce, weil sie können nicht mehr gehen, es ist einfach im zunehmenden Verkehrsaufkommen lebensgefährlich für viele Menschen, die schwer gehen, aber auch für Kinder. So abwegig finde ich auch einen Gehwegsbeauftragten gar nicht, denn wenn man spazieren geht, und ich gehe sehr viel, bemerkt man oft genug neu gebaute Gehsteige, wo mitten im Gehsteig ein Telegraphenmasten steht, da kann weder ein Behinderter vorbei noch ein Kinderwagen, das ist lebensgefährlich und das sind die kleinen Dinge, die ich meine,

die es gilt anzuschauen und deshalb stelle ich diesen Zusatzantrag im Namen der ÖVP, aber auch in meinem Namen, dass mir wirklich ein Anliegen ist, dass wir endlich wieder einmal gesichert die Kinder auf die Straße lassen können und dass wir auch zu Fuß gehen können, ohne Angst haben zu müssen und wollen uns anschließen mit dem Wunsch, Wunschkonzert haben wir gesagt, dürfen wir haben, eines Maßnahmenkatalogs, der den FußgängerInnen wieder das gefahrlose Benützen der Gehsteige und Gehwege vor den vorschriftswidrig benutzenden RadfahrerInnen sichert, weil das passiert auch immer wieder, dass Radfahrer sich am Gehweg befinden, auch aus Angstgründen auf den Hauptstraßen und aus verkehrsverstopften Dingen und wir fordern auch eine generelle Situationsaufnahme der Straßen, auch der Landesstraßen, wo es durch fehlende Gehsteige und Gehwege die größten Mängel an Sicherheit für Fußgänger gibt. Ich habe hier eine Liste, ich möchte es abkürzen, aber ich habe hier eine Liste von acht Bezirken und es ist nicht so von der Hand zu weisen, dass auch die Landesstraßen überprüft gehören, vielleicht sollten wir da einmal eine Petition gemeinsam schicken und ich bitte auch um Annahme dieses Zusatzantrages. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Es war ein weiterer Zusatzantrag angekündigt.

***Zwischenruf GR. Pacanda unverständlich.***

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Solltest du, wenn wir abstimmen drüber. Du meinst, die Ankündigung reicht.

GR. **Pacanda:** Dann lese ich ihn noch einmal vor im genauen Wortlaut, der eigentlich gleichlautend war: Im Rahmen des Maßnahmenkatalogs soll ergänzend auch die dringlichsten Defizite bei Verkehrsflächen, die sich FußgängerInnen und RadfahrerInnen teilen, behandelt werden, einfach nur aus dem Grund, weil diese Flächen ja wirklich teilweise nicht gut ersichtlich sind und es da doch zu gefährlichen Situationen kommt zwischen Radfahrern und Fußgängern. Dankeschön.

GR. **Dreisiebner:** Vielen Dank in der Reihenfolge Ingrid Heuberger, ÖVP, für die Zusatzanträge, an dich, Philip Pacanda für den Zusatzantrag oder die zwei Zusatzantragspunkte von der Ingrid. Ich sehe das als Erweiterung an, es ist sehr konflikt... Situationen, wo eben Radfahrersituation nicht gegeben ist und dort natürlich, weil die Straße stark befahren, eine schnelle Autoverkehrsführung gegeben ist oder Ähnliches, dann Radweg auf dem Gehsteig gehen oder fahren und dann natürlich diese Konflikte ausbrechen oder auftreten. Und Ähnliches gilt natürlich auch für diverse Landesstraßen beziehungsweise sonstige Straßen, die eine gewisse Frequenz haben. Ich mag vielleicht noch eines sagen: Wir sind alle nicht mehr im Alter der Jugendlichkeit und schon gar nicht Kinder, aber wir können uns wahrscheinlich alle erinnern, wie wir uns bewegt haben. Egal, wo wir aufgewachsen sind, auch am Land ist das Problem ja nicht viel anders oder in Landgemeinden. Ich bin am Land aufgewachsen, aber ich weiß, dass meine Eltern keine Angst hatten, wie ich mit fünf oder sechs Jahren auf die Straße gegangen bin beziehungsweise auch Wege alleine erledigt habe, die teilweise sehr weit waren und dann auch bald mit Rad gefahren, zehn Jahre bis zum Fahrradführerschein und der Unterschied zu heute ist, dass es wieder, wie gesagt, auch in Landgemeinden, aber natürlich auch in der Stadt Graz für viele Kinder gar nicht mehr die Möglichkeit gibt beziehungsweise Eltern diese Möglichkeit gar nicht mehr sehen, dass die Kinder das tun können. Und was wird aus diesen heute jungen Menschen, aus diesen Kindern in zehn, 20 Jahren, wenn sie heute nur mehr per Elterntaxi und Ähnliches mehr

chauffiert werden? Werden das später die mutigen Radfahrerinnen und Radfahrer und FußgängerInnen und Öffi-NutzerInnen, weil das ja miteinander in Verknüpfung ist und deswegen appelliere ich noch einmal, dem Antrag möglichst breit zuzustimmen, vielleicht kann sich auch die FPÖ noch dazu entschließen. Immerhin ist heute ja der Car-free-Day. Danke (*Applaus Grüne*).

***Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Punkt 3 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und SPÖ) angenommen.***

***Der Zusatzantrag der Piratenpartei wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Der Zusatzantrag der ÖVP wurde im Punkt 2C) mit Mehrheit (gegen KPÖ und FPÖ) angenommen.***

***Der Zusatzantrag der ÖVP wurde im Punkt 2D) mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Bürgermeisterstellvertreterin Kahr übernimmt um 18.40 Uhr den Vorsitz.***

## **10) Finanzierungsmöglichkeiten für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel**

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Wir haben uns ja heute schon auch im Rahmen des umfangreichen Masterplans ÖV mit den Herausforderungen beschäftigt, die uns bevorstehen bezüglich des Ausbaus der öffentlichen Verkehrsmittel. Da wir schon den Masterplan ausführlich diskutiert haben, werde ich mich da bei den Punkten recht kurz fassen. Wir wissen, wir brauchen Taktverdichtungen, längere Fahrzeuge haben wir besprochen, eine bessere Versorgung Abend-/Nachtstunden, frühzeitige Anbindung von Großbauprojekten, wir haben Stadt-Regio-Bahnen heute auch schon gesprochen, die einfach wichtig sind, wo mögliche Förderungsmöglichkeiten auch bestünden, wenn man das macht und eine Stadt-Regio-Bahn außerhalb der Stadt führt, wo das Land, der Bund, die EU mitfördern könnten. Wir haben darüber gehört, dass in den nächsten zehn Jahren so rund um die 300 Millionen zum Investieren wären und das sind eigentlich nur die wichtigsten Projekte, die da drinnen sind. Das sind sicher nicht die Wunschprojekte und entspricht auch sicher noch keinen Stadt-Regio-Ausbauplänen, da ist keine Südwest-Linie richtig drinnen, da ist kein Uni-Einser drinnen, keine Nordwest-Linie oder auch keine Anbindung von Seiersberg drinnen. Und was wir eben auch heute gehört und diskutiert haben, abseits davon, dass wir jetzt als Bank Graz Geld verdienen, dass wir einfach zu wenig Geld haben, um diese benötigten Ausbaumaßnahmen rasch durchzuführen und daher die Idee, sich mit anderen Finanzierungsmöglichkeiten, auch mit der Thematik einer Nahverkehrsabgabe zu beschäftigen, das einmal auf einer sachlich, wissenschaftlichen Experten basierenden Basis zu diskutieren, um sich das anzuhören, weil wir haben schon öfter drüber, sage ich einmal, so gesprochen, aber wie sehen dann wirklich die genauen Auswirkungen, wie sind die Auswirkungen auf die Betriebe, wie wirkt sich das finanziell überhaupt auf

die Stadt aus, was für andere Varianten gibt es da? Ich glaube nicht, dass wir da allgemein einen, sage ich einmal, übereinstimmenden sachlichen Informationsstand haben. Und damit dies passiert und nicht nur wir diesen Informationsstand haben, sondern auch Umlandgemeinden, die das betreffen würde oder auch das Land Steiermark, damit man an gemeinsamen, an etwaigen neuen Lösungen arbeiten kann, ergeht folgender

### **d r i n g l i c h e r   A n t r a g**

bei dem ich um Unterstützung bitte, im Wortlaut: Der Grazer Gemeinderat ersucht den verantwortlichen Verkehrsstadtrat Mag. Mario Eustacchio sowie den Finanzstadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi bis spätestens Frühjahr 2017 gemeinsam mit dem Land Steiermark eine Enquete zur Problemstellung "Finanzierung des öffentlichen Verkehrs im Großraum Graz" zu organisieren.

Bei dieser Tagung sollen ExpertInnen, wie zum Beispiel vom KDZ, eingeladen werden, welche die verschiedenen Modelle einer Nahverkehrsabgabe sowie anderer Finanzierungsmöglichkeiten und ihre Auswirkungen auf den Großraum Graz miteinander vergleichen und ihre Vor- und Nachteile darlegen.

Weiters sollen VertreterInnen aller politischen Parteien der Stadt Graz, betroffener Umlandgemeinden, des Landes Steiermark sowie Interessensvertretungen zu dieser Veranstaltung eingeladen werden, um einen gleichen auf Fakten basierenden Wissensstand zu erhalten.

Ein Ziel dieser Tagung soll – neben dem gemeinsamen Wissensstand – eine Diskussion aller Beteiligten über die vorgestellten Varianten sein, um gemeinsam für die bevorstehenden Herausforderungen im öffentlichen Verkehr Finanzierungsmöglichkeiten zu finden. Wünschenswert wäre es, wenn die Stadt Graz, die Umlandgemeinden sowie das Land Steiermark gemeinsam einen Lösungsvorschlag erarbeiten, um den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel im Großraum Graz beschleunigen zu können.

Dankeschön.

GR. Dr. **Wohlfahrt** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Philip! Eigentlich müsste ich jetzt sagen, dringlich ist es nicht, weil, ich habe es nicht genau rausgesucht, aber wir haben sehr Ähnliches oder Wortidentisches, ich habe nicht nachgeschaut, vor zirka einem Jahr oder vor zirka zwei Jahren schon beschlossen. Also so dringlich ist es wirklich nicht, aber das ist jetzt nur zynisch, selbstverständlich ist es hochgradig dringlich, es sollte schon lange sein und der Philip, dass die Sachen, die wir beschließen im Gemeinderat, dann so ein bisschen wie eine Klubobleutekonferenz, da haben wir drüber geredet, es ist ja auch ein wenig unterwegs das Projekt, aber wir haben es noch nicht geschafft. Und der Philip urgiert hier völlig zu Recht, dass dies dringend stattfinden sollte, müsste und wir müssen einfach stärker dranbleiben und auch die Stadträte ein kleinwenig rügen, aber ich weiß schon, dass daran gearbeitet wird, dass das jetzt endlich stattfindet. Ich weiß nicht, was der genaue Umsetzungsstand ist, wir haben im Mai, glaube ich, in der Klubobleutekonferenz so zirka drüber geredet, da hat es geheißt, hoffentlich geht es sich vor dem Sommer noch aus. Ist sich offensichtlich nicht, jetzt könnten wir sagen, hoffentlich geht es sich vor Weihnachten aus, aber kurz noch, dringlich ist es und zum Inhalt, ja bitte, ganz, ganz dringend und machen wir das endlich, ich weiß nicht, woran es sich spießt. Mir ist schon klar, dass es schwierig ist, diesen Termin zu finden. Aber es kann so nicht weitergehen und es ist ja auch die... am Inhalt noch kurz anzuschließen, die Budgetpartner beschließen ja die Budgets, sagen dann immer, das brauchen wir, ohne geht es nicht, das ist ja auch richtig, aber es gibt keine inhaltliche Einigung auf der politischen Ebene, es gibt auch nicht das wissenschaftliche Herangehen, wir reden jedes Mal von einer Finanzierung des Nahverkehrs und es passiert nichts und das kann so nicht sein. Das soll sich dringend ändern, deswegen volle Unterstützung für diesen Antrag (*Applaus Grüne*).

GR. **Pacanda:** Die Erinnerung ist beabsichtigt, natürlich habe ich an die Klubobleutekonferenz gedacht, bei der wir das kurz einmal andiskutiert haben und deswegen hoffe ich, dass wir es aus der Klubobleutekonferenz wieder rauskriegen, deswegen habe ich den Antrag dementsprechend gestellt und hoffe halt auch trotzdem um breite Unterstützung, damit wir das wirklich endlich angehen können. Dankeschön.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.***

GR. Ing. **Lohr:** Hoher Gemeinderat! Es ist fortgeschrittene Stunde, darum werde ich mich kurz halten. Generelle Linie, wir Freiheitlichen lehnen natürlich die Nahverkehrsabgabe ab und eben der Finanzstadtrat links irrt, das nehmen natürlich nicht wir vom Verkehr auf die Kappe, das sollte auch der Kollege Pacanda wissen. Es gibt auf der einen Seite Planungsämter, da fühlt sich natürlich unser Verkehrsstadtrat verantwortlich, wenn es um Fachfragen geht, Dinge der Verkehrsplanung, wenn es um das Budget geht, das ist das eine Sache der ÖVP (*Applaus FPÖ*).

GR. **Pacanda:** Wenn wir uns jetzt schon so hart erkämpft haben, dass 23 : 22 steht, dann möchte ich das Schlusswort auch noch kurz nehmen. Es war jetzt ein gutes Beispiel für irgendein, sage ich einmal, wirklich digitales System möglicherweise, das das Abstimmen uns erleichtert und das Zählen uns erleichtert. Weil das ist von vorne

extrem schwierig zu sehen, wieviel Leute sind da, ist gerade wer da. Ich wollte das nur kurz erwähnen. Ich wollte zum Kollegen von der FPÖ was sagen, das ist jetzt wirklich recht nett, wir haben einen Informationsbericht mit 300 Millionen drinnen, ich könnte wahrscheinlich auch recht schnell einen Informationsbericht schreiben, der hat eine Milliarde, dann haben wir noch die Südwest-Linie, die Nordwest-Linie und alle möglichen Linien drinnen, aber dann zu sagen, die Finanzierung geht mich nichts an, das finde ich halt schon ein bisschen komisch. Ich danke jedenfalls für die Zustimmung und hoffe, dass wir dann einen tollen Event zusammenkriegen, wo wir dann gemeinsam über die verschiedenen Varianten sprechen können. Dankeschön (*Applaus Grüne*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***